

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 45 Pfg., vierteljährlich 1,35 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gepaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Expedition: Paradiesgasse Nr. 32. Redaktion: Dominikuswall Nr. 8. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon

Redaktion 2552

Telephon

Expedition 2537

Nr. 11.

Danzig, den 3. Februar 1912.

3. Jahrgang.

Erntet!

Unser Sieg, nach einem mit zerschmetternder Wucht gegen alle Volksfeinde geführten Wahlkampf, darf uns zwar mit Stolz, nicht aber mit überheblichem Jubel erfüllen. Auch dürfen wir nicht rasten! Es gilt die Ernte heimzubringen.

Parteienossen! Parteigenossen! Keine Illusionen! Keinen Hebermut, der Schaden bringen muß!

Die viereinviertel Millionen Wähler, die gewaltigen proletarischen Massen kamen nicht allein aus sich heraus zu uns. In der Not und Qual ihrer Lage suchte wohl ihr Herz für uns. Wenn, wie die Geschichte der Wahlen lehrt, die sozialdemokratischen nicht organisierten Wähler bisher bei uns blieben, obgleich wir Schritt für Schritt und in schweren opferreichen Kämpfen mit den Unterdrückten, mit Teilerfolge für das leidende Proletariat streben konnten, während die große Masse des Elends blieb, dann darum, weil tausende Sozialdemokraten Werber für die Sache des Sozialismus gewesen sind. Was wie an Wählermassen gehalten haben, ist das Resultat unserer Agitationsarbeit. Nicht tatenlose Hoffnung auf die Zukunft bringt den Sieg des Sozialismus, sondern das was wir an Arbeit für den begeisterten Sieg dransetzen. Er wird um so früher kommen, das Proletariat wird um so viel früher von Not, Elend, Unterdrückung befreit sein, je mehr es für seine Befreiung gearbeitet hat, je fester die Massen organisierte, überzeugte Sozialdemokraten sind.

In der Provinz Westpreußen wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben: 1905 im Jahre: 1907 und 28099 im Jahre 1912. Der Gewinn beträgt 8174.

Politisch organisiert sind rund 4000 Sozialdemokraten. Von 24099 sozialdemokratische Wähler gehören der Sozialdemokratie noch nicht als Mitglieder an. Welche Riesearbeit ist da noch zu leisten, muß geleistet werden!

Und wie steht es mit der Zahl der Volksmacht-Abonnenten? Gewiß, sie ist erfreulich-weise um Tausende höher als die der politisch organisierten. Aber auch hier müssen noch Tausende von den 28099 Wählern durch unsere Werbearbeit zu sozialdemokratischen Zeitungsabonnenten werden.

Ist Euch nicht bei der Wahl im verstärkten Maße zum Bewußtsein gekommen, wie hundsfeindlich gemein die bürgerlichen Zeitungen gegen die Sozialdemokratie alle Regenbogenfarben vom Himmel heruntergelassen haben? Nur wenn es Euch gelingt, in jede Proletarierhütte mit der sozialdemokratischen Zeitung einzudringen, dann können die Lügen Schlag auf Schlag pariert, dann kann die ganze verlogene Gemeinheit der bürgerlichen Presse gezeigt, dann können die Wähler über die Niedertracht und Verbrechen bürgerlicher Parteien aufgeklärt werden.

Es gibt keine andere Sicherheit für Euch, die eroberten Mandate für die Sache des Sozialismus zu erhalten, die verlorenen wieder zu gewinnen und neue zu erobern, als die energische Werbung von Mitgliedern für Parteiorganisation und Presse.

Ihr Arbeiter in Westpreußen habt harte, schwere, anstrengende Mannarbeit monatelang unter Drangsjahre von Knecht und Gock geleidet. Wir sind stolz darauf, das aus eurer Anstrengung Euch zeigen zu können. Aber es gibt kein Ausruhen. Die Sache fordert neue, verdoppelte, verzehnfachte Arbeit.

Es muß vor allem ein Ende haben, daß viele Organisationshinter dem Ofen, hinter Mutters Schürze hocken bleiben, während immer dieselben wackeren Genossen die ganze Last der Arbeit allein tragen. Wie leicht wäre es, wenn endlich die Frauen ihre Pflichten zur Mitarbeit erkennen würden. Mit dem Parteibeitrag ist die Sache noch nicht erledigt. Ein klugbewußter, sozialdemokratisch organisierter Parteiarbeiter muß mitarbeiten für die Partei.

Keine Ausreden mehr Ihr Säumigen, Laßigen! Eine große Sache fordert große Opfer. Mitgearbeitet! Organisiert und Zeitungsabonnenten geworden!

Politische Übersicht.

Die Wurzeln des Sieges.

Von Karl Kautsky.

(Schluß.)

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß diesmal die Teuerung die Haupttriebkraft der so überwältigenden oppositionellen Stimmung der Wahlen bildete. Sie allein hätte jedoch nicht zu unseren Gunsten gewirkt. Hohe Preise hatten wir auch schon 1907. Aber damals wirkten sie eher gegen als für uns. Der Unterschied in der Situation liegt darin, daß wir im Januar 1907 noch eine Meer der Proletariat hatten, indem wir jetzt eine Meer der Krise hinter uns haben. Die noch nicht durch einen entschiedenen und länger dauernden Aufschwung unterbrochen ist. Wenn in den Jahren von 1904 bis 1907 die Preise stark stiegen, so erlaubte es der gute Geschäftsgang, daß die Arbeiter, wenigstens die gewerkschaftlich organisierten

ihre Löhne noch rascher steigerten. Sie konnten ihre Lage verbessern, trotz der Teuerung. Das machte manche unter ihnen politisch indifferent. Auf der anderen Seite sahen die kleinen Unternhmer sowie die Festangestellten, die unter der Teuerung litten, deren Hauptursache in den gestiegenen Löhnen, was sie gegen die Arbeiter und gegen deren Partei erbitterte. Die Krise seit 1907 hat den Aufstieg der Löhne zum Stillstand gebracht. Selbst den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gelang es nur selten in diesem Zeitraum, erhebliche Lohnaufbesserungen zu erringen; fast nie überstiegen diese das Maß der Teuerung. Die große Masse der Arbeiter sah ihre Lebenslage entschieden verschlechtert. Nicht minder litten unter der Teuerung die kleinen „selbständigen“ Leute und die Angehörigen daran schuld waren, sondern die ökonomische und politische Herrschaft der großen Ausbeuter.

Deren Joch wurde jetzt auch von zahlreichen nichtproletarischen Schichten immer drückender empfunden. Die regierenden Klassen haben alles aufgebracht, den Druck noch zu verschärfen.

Der glänzende Wahlsieg von 1903 war nicht zum wenigsten eine Folge des energischen Kampfes gewesen, den unsere Fraktion so gut wie allein gegen die Erhöhung der Zölle im Reichstag geführt hatte. Der wirtschaftliche Aufschwung von 1904 bis 1907 jähren aber die Auflassung unserer Partei von der Verderblichkeit des neuen Tarifs Mühen zu sparen. Unsere Gewerkschaft gegen ihn wirkte in dieser Zeit bei den Massen durchaus nicht zu unseren Gunsten. Das ist in den letzten Jahren ganz anders geworden. Selbst zahlreiche Kleinbauern leiden heute unter den Zöllen auf Roggen und Getreide, ebenso wie die gesamte städtische Bevölkerung. Sie alle erinnern sich jetzt, wie die einzige Partei, die mit aller Entschiedenheit die Durchsetzung dieser Zölle zu verhindern suchte, die Sozialdemokratie war. Das wurde noch mehr ins Licht gesetzt durch die hartnäckige Weigerung der Regierung, auch nur vorübergehend die drückendsten Härten der Kornzölle zu mildern, und besonders erbitternd mußte die freche Forderung weiterer Erhöhungen der Agrarzölle durch die Junker wirken. Dabei wird auch durch die Praxis der Polizei und der Verichte das Koalitionsrecht der Arbeiter immer mehr eingeschränkt, das schon durch die Ausbeutung der Unternehmerverbände immer mehr beeinträchtigt wird. Immer schwieriger wird es für den Arbeiter, sich der Teuerung zu erwehren. Junker und Scharpmacher aber sind nicht einmal damit zufrieden. Sie fordern weitere gesetzliche Erschwerungen des Koalitionsrechtes. Und die Regierung zeigt sich gewillt, sie ihnen zu gewähren. Also Einschränkung des Koalitionsrechtes und höhere Zölle! Das heißt, der deutsche Arbeiter soll nicht mehr mit Ruhen, sondern mit Skorpionen gesüchtigt werden!

Bei der Wahl von 1907 hatte die Zollfrage keine Rolle gespielt. Es waren Nationalitätenfragen gewesen. Die Nationalitätenfrage war im Vordergrund gestanden. Auch sie hat seitdem ein ganz anderes Gepräge gewonnen.

1907 handelte es sich um die Fortführung des Krieges gegen die Hereres, der keine großen Kosten mehr befürchten ließ. Und welche glänzenden Ansichten sollten dafür die Kolonien uns erschaffen! Den kleinen Bauern, denen, dank den Agrarzöllen, der Erwerb von Boden durch die gesteigerten Bodenpreise erschwert wird, wurde billiges Land versprochen. Den Industriellen, Unternehmern wie Arbeitern, die unter der Teuerung und der Verknappung des Rohmaterials litten, billige Rohstoffe, wie Baumwolle und Kupfer.

Alle diese Versprechungen haben sich seitdem als blauer Dunst erwiesen. Dabei hat aber die Kolonialpolitik seitdem eine Eigenheit in den Vordergrund treten lassen, die sie früher weniger eifrig zeigte: den Gegenatz, in den sie uns zu England bringt, und seine Folgen.

Seit es sich 1907 nur um den Krieg gegen die Hereres und diesen Kosten gehandelt, so waren wir diesmal durch die Kolonialpolitik wenige Monate vor dem 12. Januar dicht vor den Weltfrieden geführt worden. Vorher schon aber hatte die Regierung die Rechnung des von ihr verantwortlichen wahlmännigen Vertreters in der Form einer halben Milliarde neuer Steuern dem deutschen Volk präsentiert. Und daß das nicht langt, ist seitdem schon offenbar geworden.

Auf die Kriegsgefahr hatten manche unserer Gegner gekaut. Sie hofften dadurch den für die teutonische Welt, der sich wieder einmal gegen die vaterlandslose Kasse wenden werde. Aber diesmal verlor die chauvinistische Kasse. Die Kriegsgefahr bedeutete eben in den Augen der Volksmasse alle Schrecken einer künftigen Invasion. Tagelang gewappnet zu sein, erschien ihr eine dringende Notwendigkeit. Inneren Versicherungen, daß auch wir die Nation nicht wehrlos machen wollten, traut man vielleicht nicht. Man hielt sich an das, was die bewährten Feldherren der Armee für notwendig erklärten.

Aber heute steht es ganz anders. Deutschland ist jetzt an Volkszahl doppelt so stark wie Frankreich — und Rußland in einem Großmaß gegenüber schwächer. Der Gegenatz, der heute der Weltfrieden bedroht, ist der zwischen Deutschland und England, die einer, der zur See ausgelassen wird, mehr um Reichsland zu kämpfen, sondern um tropische Sümpfe und Wälder zu gewinnen. Umkehrer als je sind die Kosten des Einfalles und wenigstens — wenigstens für die Volksmasse — der Preis des Sieges.

So hat diesmal der Appell an den Nordpatriotismus völlig versagt. Der 1907 und auch noch 1907 so gewaltig wirkte. Die heutige Partei energischer als im vergangenen Jahre ihren freien Willen befreit, allen kriegerischen Gelüsten mit aller Macht entgegenzutreten. Das heute dazu geführt, daß in unserer Partei die Frage erörtert wurde, ob der Weltfrieden ein geeignetes Mittel sei, den Austritt des Krieges zu verhindern. Unsere Gegner haben nicht geantwortet. Das was zu verhindern, daß wir den Streit der Sozialisten im Kriegsfalle predigen, und daß wir den Streit gegen den Krieg einseitig bloß bei uns predigen, Deutschland wehrlos machen wollten.

Wie vorher hatten diese Ideen in der Wahlagitiation eine Rolle gespielt. Es half alles nichts. Trotz alledem hat die Sozialdemokratie eine Million Stimmen mehr erhalten wie letztes Mal, und die Sozialdemokratischen Parteien 300 000 Stimmen weniger.

Der Kampf gegen die Teuerung, die Agrarzölle, um das Koalitionsrecht, gegen neue Steuern, die Weltpolitik, das Wehrwesen, um den Weltfrieden — das ist die Wurzel, der unser Wahlsieg diesmal entsproß. Und damit sind auch die Probleme bezeichnet, die den neuen Reichstag beschäftigen werden, wenn nicht unerwartete Zwischenfälle unerhörte Situationen schaffen.

Das Volk hat gesprochen, nun haben die Parlamentarier das Wort. Der Ausfall der Stichwahlen wird bereits einigermaßen erkennen lassen, welche Mehrheit wir zu erwarten und wessen wir uns von ihr zu versehen haben.

Aber wie immer die Reichstagsmehrheit sich gestalten mag, die Partei der vier Millionen wird von dem herrschenden Regime nicht ignoriert werden können. Es muß ihr entweder Konzessionen machen oder den Krieg aufs Messer erklären.

Wir werden die Bewimmenden sein in dem einen Falle wie in dem anderen. Denn die Klasse, deren Interessen unsere Partei vertritt, ist die einzige, die stetig wächst. Und in allen Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, um die sich auch der Wahlkampf drehte, vertreten wir mit den Interessen des Proletariats auch die der gesamten Nation. So kann es nicht lange dauern, und die große Mehrheit steht hinter uns.

Deutschland.

Reichmann und die Schwarzblauen.

Zu der Nordd. Allgem. Ztg. verteidigt sich Herr v. Reichmann in etwas weinerlichem und gereiztem Tone gegen den Vorwurf, den Schwarzblauen im Wahlkampf nicht genügend zu Hilfe gekommen zu sein. Er erklärt die Versuche, der Regierung die Schuld an dem Ergebnis zuzuschreiben, für unberücksichtigt.

Die Bemühungen der Regierung sind dauernd, und zwar nicht erst seit der Einführung der eigentlichen Wahlkampagne, darauf ausgegangen, die Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien auszugleichen und sie auf den gemeinsamen Boden des staatlichen Gesamtinteresses zurückzuführen. Wenn diese Bemühungen an der Vereinerung der Parteien gescheitert sind, so trifft die Schuld jedenfalls nicht die Regierung. Hätte sie in dem Streit um den inneren Wert der Reichsfinanzreform für die eine oder andere Seite Partei ergriffen, so hätte sie ihre Besuche von vorüberer zur Ausfallslosigkeit verdammt. Wohl aber lag es in der Richtung ihrer Aufgabe, die in die Reichsfinanzreform einfließende Erbschaft der Steuern mit Nachdruck darzustellen. Sollte sie erkennbar waren. Daß dies bei jeder Gelegenheit und noch bis in die letzten Tage der Reichstagsarbeiten hinein geschehen ist, kann nicht bezweifelt werden.

Die zweite Bemühung, daß die Regierung es an Entschiedenheit in ihrer Stellung zu Sozialdemokraten habe fehlen lassen, ist nicht minder haltlos. Die Auflassung der Regierung ist vor dem Hauptwahlen von der Sozialdemokratie mit großer Klarheit zum Ausdruck gekommen. In ihr liegt die Schuld nicht, wenn die bürgerlichen Parteien sich nur gegenwärtigen Koalition gegen die Sozialdemokratie nicht zum angeschlossen und die Regierung mit ihren Bemühungen um die Entlassung des Bürgerturns allein gelassen haben. Gerade in der gegenwärtigen Zeit sollten sich Wähler, die für die Stärkung der Staatsautorität eintreten, solcher unbilligen Vorwürfe gegen die Regierung enthalten.

Der Ton dieser Verteidigung zeigt abermals, wie empfindlich Herr v. Reichmann gegen alle Kritik von Seiten der Rechten ist. Wie in seiner Auseinandersetzung mit Herrn v. Heydebrand verteidigt er aufs neue, daß die Angriffe der Rechten der Regierungsentlastung schädlich seien, er verlangt von den Konservativen, daß sie einfach gegenwärtig sein sollen.

Einmalen setzt aber die Rechte ihre Angriffe weiter fort. In der Kreuzzeitung veröffentlicht der Herrenhäuser Graf Mirbach-Sorquiten eine förmliche mit Dokumenten belegte Anklageschrift, worin die Regierung beschuldigt wird, durch zu lässige Vereinerung der Reichsfinanzreform in die Wahl der 110 Sozialdemokraten verwickelt zu haben.

Dieser Streit der gegenseitigen Verdächtigungen verdirbt noch recht unheimlich zu werden. Fast sieht es so aus, als ob die Junker auf den Sturz Reichmanns hinarbeiten in der Hoffnung, daß dann ein Mann nach den Wünschen des Grafen Koch aus Bader gelangen werde. Wir können auch dieser Wohlglückseligkeit mit Ruhe entgegenblicken in dem Vertrauen, daß die 110 starken Männer des Reichstags nicht den 1,25 Millionen starken Männern im Lande es verheben, mit diesem einen „starken Mann“ fertig zu werden.

Herr von Reichmann sollte aber im Interesse seiner Stellung endlich einmal aufhören, seine Gehmungslosigkeit gegenüber der Sozialdemokratie zu beteuern. Er hat der Sozialdemokratie des eigenen, gleiche Wahlrecht für Gleich-Vorkämpfer konzediert und dafür die Hilfe der Sozialdemokratie beim Zollabkommen der Verfassung in Anspruch genommen. In Zukunft kann er noch öfter in eine ähnliche Lage kommen. Was soll das Gezeier gegen die bürgerlichen Parteien, die bei den Wahlen in der gleichen Weise ergriffen haben, wie bei der sozialdemokratischen Verfassung?

Der Weltfrieden.

Am 28. Januar 1912 ist er nun in Berlin geschildert worden. Unter kriegsmächtigen Krügen und Harnschüssen war niemand da, das deutsche Volk hat ja soeben erst mit viereinviertel Millionen Stimmen aller Kräfte und dem demokratischen Parlamentarier, Herr Baasche und Herr vom Rath aus dem Dreiklassenhaus, kommen es natürlich nicht über sich bringen, diese Gelegenheit zum Preis der abgerückter Wahlkampagne ungenutzt zu lassen.

Der pensionierte General Keim war der Hauptredner des Tages. Er hielt den Krieg schon ausprochen — und nicht zu kurz. Deutschland werde gegen Frankreich, Rußland, Dänemark und England gleichzeitig zu kämpfen haben, auf Österreich und Italien sei kein Verlaß, also müßten wir so ungefähr diesen vier Mächten gewachsen sein. Immerhin ein Programm — das muß man sagen. Jedes zweite Wort war der kommende Krieg, den jeder Deutsche herbeiwünsche und herbeifühne! Der Wehrverein hat also als „Endziel“ den Krieg!

Das Gegenwartsprogramm des Wehrvereins ist übrigens auch ziemlich gering. Aus den offiziellen Vereinerungen ist erkennbar, daß man sich um den offiziiösen Weltfrieden nicht kümmert, sondern nur um die unmittelbare Heilung die neuen, unheilvollen Weltkriege.

In diese Welt will der Bildungsausschuss die Danziger Arbeiterklasse mit den beiden österrundlichen Vorträgen des Herrn Meentgen führen. Zunächst am Sonnabend den 10. Februar auf die Schwelle des Morgenlandes, nach der Balkanhalbinsel, dem Sitze der heutigen islamitischen Macht. Und dann am Tage darauf, Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 3.30 Uhr, nach Indien in die alte Kulturwelt der Hindus. In kolorierten Bildern nach Originalaufnahmen wird Herr Meentgen sich bemühen, seinen Zuhörern Land und Leute, Sitten und Gebräuche nahe zu bringen. Hoffen wir, daß ihm wie dem Bildungsausschuss ein gutbesuchtes Auditorium zum Lohn wird. Daß die Vorträge im großen Saale des Cafes Alt Weinberg stattfinden, bemerkten wir bereits in der Dienstag-Nummer bei der Besprechung des Vortrages: Die Morgenländer des Menschengeschlechts, den Herr Meentgen Sonntag, den 11. Februar, abends 7 Uhr, im gleichen Lokale hält. Auch des Klavierkonzertes am Sonnabend, den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr, sei an dieser Stelle noch Erwähnung getan. Der Vortrag, der in Laiental am 9. Februar im Siebertschen Lokale veranstaltet werden sollte, ist verlegt und findet nun am 13. Februar, abends 8 Uhr, statt. Das Lokal bleibt das gleiche.

Kapitalistische Schande. In einer Woche, vom 22. bis 27. Januar, gab die Langfuhrer Suppenküche 1437,5 Liter Essen an bedürftige Proletarier ab. Die Empfänger waren schon so verendet, daß 1059 Liter ohne Bezahlung abgegeben werden mußten. Nur 378,5 Liter brachten je 10 Pfennige. Der schreckliche Mißbrauch der Rüdienteilung ist ungewollt eine furchtbare Anklage gegen die Herrschenden in unserer Gemeinde:

Die Gaben auf den in 1300 Exemplaren verhängten Bericht über 1911 sind erst recht spärlich eingegangen, erst 54 Empfänger haben der Bitte um pekuniäre Unterstützung Gehör gegeben. Das ist ein verschwindender Bruchteil. Wenn doch alle die bisher Säumnigen einmal sehen könnten, mit welchem Heißhunger sich viele der Bedürftigen auf die Speise stürzen; wenn sie doch alle die Armen zählen könnten, die mit der Bitte um Speisemorchen kommen, die aber aus Mangel an Mitteln abgewiesen werden müssen! Sicherlich würde dann jeder der 1300 "betenen eine Mark für das Liebeswerk übrig haben, und dem Völkervorstand wäre dann geholfen. Diese freien Gaben sind die einzige Einnahme, die die Küche hat. Freundschaft Spenden nimmt der Kassensührer, Pfarrer Rutke, Am Johannisberg 20, entgegen.

Wie sagte doch unser Oberbürgermeister? Sagte er nicht, es müsse den Einnahmern das Leben so angenehm wie möglich gemacht werden? Und was geschah? Die kapitalistischen Stadtväter gaben Tausende für reiche sporttreibende Herrschaften hin und hatten nicht einen Pfennig für die Armen zur Stillung des schlimmsten Hungers übrig.

Was von den Satten mühsam zusammengebeutelt und moralisch erpreßt werden muß, das ist alles, worauf die Darbenden hoffen dürfen. Wer von ihnen glaubt, daß das warme Herz der Bourgeois, welches bei allen Wahlen als fata morgana eine Rolle spielt, wirklich vorhanden ist, den treibt schneidendes Hohngelächter der Kapitalisten in die Höhlen der Armut zurück, in die Höhlen des langsam und darum qualvolleren Hungertodes! —

„Seid Ihr Bowites?“ In dem edlen Danziger Freisinnssblatt tritt eine hurrapatriotisch hingeriffene Leserin folgenden Vorfall als eine der „nettellen Anekdoten“ aus Langfuhr auf:

An einem sonntäglichen Tage spielten über Mittag die Prinzen unter Aufsicht von Wachen und Lakaien im Garten. — Prinz Wilhelm stand in der Nähe des Zaunes und beschah sich die aus der Schule heimkehrenden Volksschüler. Auch diese machten Halt und starrten die Prinzen an. Nachdem sie sich gegenseitig eine Weile angeschaut, fragte die kleine königliche Hoheit sehr interessiert: „Seid Ihr Bowites?“ Da er keine Antwort erhielt, fuhr er fort: „Mein Großvater sagt: Wenn wir zwei Jahre hier bleiben, dann kommen wir auch als Danziger Bowites nach Berlin zurück.“

Wir glauben nicht, daß die Danziger Arbeiterklasse über diese „nettelle Anekdote“ ebenso entsetzt ist, wie die erwähnte Dame.

Die Kosten der Kronprinzreise nach Indien werden auf 300 000 Mark bez. et und werden zum Teil aus dem Kronvermögen bestritten. Nach der Berliner Börsenzeitung soll es nicht ausgeschlossen sein, daß dem Reichstage noch eine Vorlage auf Bewilligung eines Teiles der Kosten zugeht. — Was der Reichstag mit dem Jagdausflug des Kronprinzen nach Indien zu tun haben sollte, ist nicht zu verstehen. Es ist natürlich keine Rede davon, daß etwa das Reich verpflichtet wäre, einen Teil der Kosten zu bezahlen.

Die Auswanderung der geistlichen Erholung der Arbeiter wurde in der Stadtverordneten-Versammlung am 30. Januar endgültig in noch größerem Umfange als bisher beschlossen. Nachdem die Reichstagswahl dieser volkstümlichen Betätigung des „freiwilligen“ Bürgertums nicht mehr im Wege stand, ließ man alle Rücksichten fallen. In Berlin wurde die kulturfeindliche „Lustbarkeits“-Steuer, die die harmloseste Gefelligkeit der Armen als Luxus steuerlich auswuchert und sogar die künstlerische und wissenschaftliche Erholung bestraft, beseitigt. In Danzig wird sie dafür unter der Führung der „freiwilligen Volkstreunde“ Münsterberg und Dr. Zehrmann immer mehr verschärft.

Bei der weiteren Beratung ging wieder einmal der freisinnige Schwundel von der harmonischen Vertretung der Interessen der Gesamtbevölkerung in die Brüche. Die Vortragenden waren dabei in erster Linie die Frauen, die als „vernünftige“ Arbeitervertreter die Interessen der Kommunisten in Rathause fördern und schützen dürfen. Nach dem in der vorigen Stadtverordnetenversammlung gefaßten Beschluß beträgt die Kartensteuer über 50 Pfennig Eintrittsgeld nur 10 Pfennig. Bei kleineren Eintrittspreisen steigt der Prozentsatz, da die Steuer nicht niedriger als 5 Pfennige sein darf, bis 30 Prozent und noch mehr. Inzwischen scheinen sich die kommunistischen „Arbeiter“ Vertreter doch geschämt zu haben, daß auch ein Teil von ihnen diesem Beschluß zugestimmt hatte. Deshalb erklärte jetzt der Herr Dandeker Heinrich, daß die Steuer ungerecht sei, weil die Reform die Kleinen zu Gunsten der Biergetrunkenen befahe. Er beantragte deshalb mit seinen engeren Freunden, daß wenigstens die Pensionisten bis zum Eintrittspreis von 30 Pfennig niedriger sein solle als bei höheren Beträgen. Seine Freunde, so erklärte Heinrich, müßten bei Ablehnung ihres Antrages zu „Ihrer Bedauer“ (!) gegen die ganze Vorlage stimmen. Dieser Schreckhauch erfüllte sein Ziel. Münsterberg sprach sogar gegen den Antrag seines Heinrich, der wenigstens eine geringe Entschädigung für die Armen gebracht hätte. Darauf wurde Heinrichs beherrschender Antrag mit 24 gegen 23 Stimmen von den Freisinnigen brutal niedergestimmt! Die Schwarzblauen hatten sich das Vergnügen geliebt, den kommunistischen Arbeitervertretern gegen ihre eigenen Ötoren, jedoch vergeblich, Hilfe zu leisten. Heinrich darf zwar in freisinnigen Wählerversammlungen die heiligsten Eide dafür leisten, daß Weinbauern nicht der Vertreter des Geldsackes, sondern der Gesamtbevölkerung ist. Im Rathaus werden ihm solche Eiden aber nicht gehalten. Da muß er einfach Ordr patieren oder er wird an die Wand gequert, daß er quert, wenn er prestische Harmonie fordert.

Ein Antrag Schmidt, der für die Reichssteuer die Wiederherstellung der Sätze des Magistrats, die die Kommission gesteigert hatte, vorlag, wurde mit 20 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Schließlich fand „das schöne Wort“, wie der Oberbürgermeister eines kromch aber keineswegs ablehnend meinte, sogar mit 31 gegen 15 Stimmen Annahme. Natürlich stimmte mit der Kommunistenaktion des Freisinnigen auch der Volksfreund Demter für diese Wuchersteuer. Auch der Vorliegende Engelbart des freisinnigen Rierervereins war dafür. Ebenso verließ der größere Teil der Schwarzblauen ihren Führer Schmidt, der so vergnügt mit seinem

Blodbruder Dr. Herrmann in der Minderheit bleiben konnte, und stimmte für die bössartige Steuerverschlechterung. Die Luftbarkeitssteuer wird nun als eine noch größere Fierde der freisinnigen Volksfreundlichkeit und der harmonischen Förderung der Gesamtbevölkerung, der das Rathaus geweiht ist, wirken.

Vom Städtischen Krankenhaus. An der Pforte in der Feldstraße ist seit einiger Zeit eine Tafel angebracht, auf der mitgeteilt wird, daß diese Türe Wochentags nach 7 Uhr abends und Sonntags nach 9.30 Uhr geschlossen ist. Der Eingang erfolgt nur durch das Portal in der Delbrückstraße. Damit ist ein von der Volkswacht seltenerzeit gerügter Mißstand behoben. Die Angehörigen Verstorbener mußten nämlich früher an der verschlossenen Türe warten.

Die reichsverbändlerische Schutztruppe Weinhausen hielt, wie wir in unserer Nummer 7 berichteten, am 16. Januar im Schützenhause eine Versammlung ab. Dort „referierte“ in der fassam bekannten Art des Verbandes der Generalsekretär Mag Taube aus Königsberg. Ueber diesen Mann äußerte ein Gerichtsvorsitzender in Görlich zu unserm angeklagten Genossen: Wenn der Angeklagte gegenüber der Reichsverbandssekretär — Taube — gesagt hätte, der Reichsverbandssekretär — Taube — sei nicht würdig, daß man sich mit ihm beschäftigt, so wäre er eben „all freigesprochen“. Wir kamen leider in den Genuß, diese Kampfesweise selbst zu studieren, denn der mutige Herr Taube vernichtete die Sozialdemokratie vorsichtshalber hinter polizeilich verbarrikadierten Türen. Der Vorsitzende Richard Senfleben versicherte von vornherein, was schon selbgedruckt auf den Handzetteln stand, daß Sozialdemokraten der Zutritt unter allen Umständen verboten sei. Ferner drohte er, daß er sich das Hausrecht übertragen ließ und daß auf alle Fälle Polizei zur Verfügung stehe!

Teilnehmen durften wir also an dieser Versammlung nicht. Um so sicher wie möglich zu gehen, stützten wir uns deshalb in unserm Bericht auf die Mitteilungen der Danziger Zeitung, die als Bundesgenossin des Reichsverbandes in diesem Falle am zuverlässigsten war. Ihr entnahmen wir auch die Mitteilung, daß Taube die Forderung des Jahreseinkommens von 1200 Mark für alle Arbeiter als maßlos und unvernünftig bezeichnet habe.

Darauf schickt uns der Generalsekretär Taube die nachstehende Berichtigung, deren Aufnahme er auf Grund des Paragraphen 11 des Preßgesetzes fordert, deshalb mußte sie von uns auch dann gedruckt werden, wenn die darin aufgestellten Behauptungen un wahr wären:

„Berichtigung.“
Die in Nummer 7 der „Volkswacht“, Danzig, vom 20. 1. 1912 in dem Aufsatz „Der Reichsverband für Weinhausen!“ aufgestellte Behauptung: „Die Forderung, daß der Arbeiter wenigstens 1200 Mark jährlich verdienen soll, bezeichnete der Reichsverband als maßlos und unvernünftig!“ ist un wahr. Wahr ist dagegen, daß ich gesagt habe: „Das Verprechen der Sozialdemokratie, jeder Arbeiterfamilie ein Einkommen von jährlich 12 000 bis 15 000 Mark zu verschaffen, ist maßlos, unvernünftig und unerfüllbar.“

Mag Taube,
Generalsekretär des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie für Ost- und Westpreußen.“

Wir stellen gegenüber dieser Berichtigung einfach fest, daß die Danziger Zeitung bisher davon verschont geblieben ist, obwohl sie über die Besammlung bereits am 17. Januar berichtet hat! Zu dem reichsverbändlerischen Unsinne, daß die Sozialdemokratie unter der Herrschaft des Kapitalismus für jeden Arbeiter ein Einkommen von 12—15 000 Mark gefordert habe, schreiben wir selbstverständlich nicht ein Wort.

Feige Niedertracht. Die Reichstagswahl hat sowohl im Stadtwie im Landkreise der Großmüdigkeit der Zentrumschwarzen gründliche Dämpfer aufgesetzt. Kaum haben sich die „Streiter Christi auf Erden“ von diesem Volksurteil erholt, so nimmt die alte Hege gegen die Sozialdemokratie wieder ihren Fortgang. Geht es nicht offen zu hehen, so wird es das edle Christengewerbe eben mehr oder weniger verstedt treiben. Auf jeden Fall wird aber mit tödlicher Wehrhaftigkeit gegen die gottlose Sozialdemokratie gewüit, um auch die schwankenden katholischen Arbeiter bei der schwarzen Fahne des Brauwüchers und Volksbetrügers zu halten. Am 30. Januar läßt sich das wegen seiner Wahrheits — furcht längst berühmte „Westpreussische Volksblatt“, aus ihrem „Lehrkreise“ über „die Früchte der roten Blut“ schreiben. Nicht eine einzige greifbare Mitteilung enthält das Geschreibsel über irgend eine unzulässige Handlung eines Sozialdemokraten. Es wird nur behauptet, daß mehrere Arbeiter an einem Tage nach Schidlich gingen. Einer soll dabei ein rotes (Huhn!) Taschentuch geschwenkt haben. Gemeinsam sollen die Leute wieder gesungen haben, die der dummi zierende Zentrumschrift gar nicht verstanden hat! Weil er aber nicht glaubt, daß es Soldatenlieder waren, und weil es am Tage der Geburtstagsfeier Wilhelms des Zweiten gewesen sein soll, deshalb nimmt das Westpr. Volksblatt christlich lieblich an, daß die siegestrunkenen Gesellschaft augencheinlich eine Freudenkundgebung über die 110 Mandate der Sozialdemokratie“ beabsichtigte. Deshalb fordert das würdige Blatt oder sein Gewörsmann, daß die Behörde in höherem Maße für die Sicherheit auf dem Wege nach Schidlich sorgt.

Sollte jemand wirklich durch ungebührlich auftretende Arbeiter belästigt worden sein, so hat er gewiß das Recht, sich darüber zu beschweren. Den Vorgang aber mit der Sozialdemokratie in Verbindung zu bringen, dazu gehört eine besondere Zentrumschriftlichkeit. Das Blatt der Partei, deren Anhänger auch bei diesem Wahlkampf das Christentum durch die brutalsten Gewalttaten und niederträchtigsten Robereien auch bei Danzig bedrohten, ist gerade dazu geeignet, der Sozialdemokratie solche Vorwürfe zu machen. Es wäre aber auch gar zu schrecklich, wenn sein Redakteur Künemund, der in gegnerischen Versammlungen als alter Knabe nach mit Ohrfeigen drohte, auf den erprobten christlichen Hochgenuß, in dieser Weise gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen, verzichten sollte.

Die Vereinheitlichung des Gaspreises beschloß die Stadtverordneten in der Sitzung am 30. Januar mehrere Stunden. Bisher wurde der Kubikmeter Leuchtgas mit 17 Pfg. für Kochgas 13 Pfg. berechnet. Die Verbraucher von Ausmaaten gas, die schwächsten Konsumenten, müssen aber für alles Gas 17.39 Pfg., also den weitau höchsten Preis, zahlen. Wenn die Stadt dafür auch Leitungen und Apparate kostenfrei stellt, so ist schon die Amortisationsquote nicht zu niedrig berechnet. Dann muß aber auch der Verbraucher des Automaten gasses bis in alle Ewigkeit den ungewöhnlich hohen Preis zahlen, auch wenn die Einrichtungskosten schon längst abgezahlt sind. Dafür erhalten die Herren, die den Leuchtport b. haben, das Bes schon für 8 Pfg. per Kubikmeter geliefert! Eine ängstliche Vereinheitlichung beabsichtigt der Magistrat keineswegs. Für die Automatenabnehmer wollte er nicht die geringste Erleichterung. In der Stadtverordnetenversammlung äußerten sich sowohl der Oberbürgermeister Scholz, wie der neue Stadtrat Runge so, als ob diesen eine wer weiß wie hohe Vergütung gewährt wird. Die Eindeutigkeit soll nur so durchgeführt werden, daß Leucht- und Kochgas mit 14 1/2 Pfg. berechnet werden sollen. Dadurch kommen gesonderte Leitungen und Gasmesser in Fortfall, wo Leucht- und Kochgas verbraucht werden.

Bei der Beratung wurde hauptsächlich bemängelt, daß der Einheitspreis von 14 1/2 Pfg. diejenigen zu stark belasten werde,

die nur Kochgas für 13 Pfg. verbrauchten. Selbst Münsterberg, der bei der Luftbarkeitssteuer keine Belastung der Armeren entdecken konnte und dort sogar für den 50 % Steuerwucher stimmte, zog hier wiederholt dagegen los, daß die von Magistrat erwarteten 32 000 Mark Mehreinnahme in der Hauptsache so gewonnen werden sollen, daß die Leuchtgasverbraucher entlastet und die von Kochgas belastet werden sollen. Er wollte sich mit dem Einheitsatz von 13 1/2 Pfg. zufrieden geben. Gerade der Elfer, mit dem hier gekämpft wurde, ließ es sehr zweifelhaft erscheinen, ob wirklich das Interesse der Armeren der springende Punkt war. Zumal von der Entlastung der Automaten gas-Abnehmer, also der schwächsten Kreise, mit keinem Worte die Rede war. Auf jeden Fall würden wir es aber begrüßen, wenn ein mäßigerer Preis, als ihn der Magistrat will, erreicht werden könnte. Spafsig ist, in welcher Weise sich der Zentrumsagitor Krause für sein Auftreten in der Debatte von seinem Westpreussischen Volksblatt einen Verbrecheranzug auf sein christliches Haupt drücken läßt. Als der Stadtrat Runge die Einbuße der Stadt bei 13 1/2 Pfg. auf über 100 000 Mark veranschlagte, erwiderte Krause, der Nachteil könne durch die Ablehnung der folgenden Vorlage ausgeglichen werden. Welche das war, sagte der Mutige vorsichtshalber nicht. Sein Leibblatt läßt ihn nun sagen, daß er die Ablehnung der Vorlage wegen des „Leichtverbrechensensens“ gefordert habe. Es steht aber außer Zweifel, daß der Zentrumsbraue dieses rohe Eckelwort, das den christlichen Jartim und die Achtung gewisser Jesuiten vor dem Tode kennzeichnet, noch nicht ausgesprochen hat. Auf diesen Genuß kann man sich im Rathaus also noch gefaßt machen. Die Gasvorlage wurde schließlich an eine besondere Kommission gewiesen und die Sitzung wieder vertagt.

Die Jahres-Generalsversammlung des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren fand am 28. Januar in der Maurerherberge statt. Die Einnahme betrug im Geschäftsjahr 3676,04 Mark, die Ausgabe 3634,58 Mark, der Kassenbestand 41,46 Mark. An Arbeitslosen, Reise- und Notunterstützung wurden an 70 Mitglieder für 1098 Tage 1142 Mark gezahlt.

Auf Konto der Hauptkasse wurden aus Anlaß des Streites 1911 2292,70 Mark verausgabt. Das Geschäftsjahr, das äußerst bewegt war, konnte die Organisation trotz aller Mühe und Arbeit nur wenig vorwärts bringen. Trotzdem der Streik einigermaßen gut einfiel, waren die Bäckereiarbeiter zu schwach, wesentliche Forderungen dem stark koalitierten Unternehmertum abzutrotzen. Die gelben Verräter fielen obendrein ihren Arbeitsbrüdern als Streikbrecher und Streikbrecheragenten in den Rücken und stärkten nach Kräften die Positionen der Bäckermeister. Durch den Terrorismus der Zunft mußte ein erheblicher Teil der besten Mitglieder, um hier am Orte nicht zu verhungern, Danzig verlassen. Die Organisation erlitt dadurch bedeutenden Schaden, der erst mit der Länge der Zeit wettgemacht werden kann. Im verfloßenen Jahre schaute die Organisation in der Ausklärungsarbeit weder Müde noch Welt. Es sind im ganzen 84 Unternehmungen aller Art vom Vorstand veranstaltet worden, um die Bewegung zu beleben.

Am Schlusse des Jahres zählt die Zahlstelle 161 Mitglieder, die hauptsächlich im Landkreis von Danzig beschäftigt werden. An die Handwerkskammer wurden zwei Schriftsätze, welche die Beseitigung der grenzenlosen Vehringszüchterei und die Beseitigung der Mißstände im Vehringswesen forderten, abgefaßt. Die Handwerkskammer kam nur jaghaft den gestellten Wünschen nach. Trotz der fortwährenden Hebertretung des Magazinarbeitstages durch die Unternehmer wurden von der Organisation keine Anzeigen an die Gewerbeinspektion gerichtet, weil erfahrungsgemäß diese „soziale Einrichtung“ fast niemals Hebertretungen feststellen kann! Trotz der niedrigsten Verfolgungswut des Unternehmertums marschiert die Organisation der Bäcker und Konditoren hier am Orte. Freilich nur langsam, weil das vorsintflutliche System des Kost- und Logiszwanges im Hause der Bäckermeister jegliche aufwärtsstrebende Entwicklungsform hemmt und tötet. In den Reihen der allgemeinen Arbeiterbewegung bildet aber auch der Bäckerverband ein Glied, kampfesfreudig, hoffend auf die Macht der eigenen Organisation und auf die Solidarität der befreigestellten, freieren Mitkämpfer auf eine bessere menschenwürdige Zukunft.

Drei Jahre Gefängnis verhängte die Strafkammer über einen Arbeiter aus St. Albrecht, der in sinnlos betrunkenem Zustande in der Pfefferstadt einen Büffetier mit dem Messer stach. Die Wunde war nicht besonders gefährlich. Das Gericht glaubte aber doch eine hohe Strafe als Abschreckungsmittel anwenden zu müssen. Der Vorfall sollte für jeden Arbeiter eine ernente Mahnung sein, den Jusei zu meiden.

Ein kleines Feuer entstand am Dienstag abend in einem Keller des Hauses Wierzgerstraße Nr. 1. Da es ein starker Qualm entwickelte, sah die Sache bedeutend gefährlicher aus als sie war und die Feuerwehr hatte große Mühe, die Bewohner des Hauses vor unüberlegten Schritten zurückzubalten. Der Schaden ist nicht bedeutend.

Vom Schlittschuhlaufen.
Das Schlittschuhlaufen, das sich seiner besonderen Vorzüge wegen auch in hohem Maße der ärztlichen Gunst erfreut, ist ein uralter Sport, aber auch eins der ältesten primitivsten Verkehrsmitel. Kein Wunder, daß uns der Römische des Mannes, „welcher dem Fuße Flügel erhand“, unbekannt geblieben ist. Aber unter den Resten der Vahlbauten, unter primitiven Waffen und Werkzeugen wurden aus Pferdehufen gefertigte Schlittschuhe gefunden. Und schon die „Edda“ erwähnt eine Schlittschuh-Art.

Die Bevölkerung wasserreicher Gegenden tummelte sich seit alters gern auf schlammern Kothurn auf dem Eise. Die alten holländischen Meister, zumal van der Velde und van Conen, haben uns in zahlreichen Bildern das derbblütige Winterreiben auf den weiten eisernen Flächen ihrer heimischen Gewässer geschildert. In Deutschland wurde indes das Schlittschuhlaufen erst etwa in der Mitte des 18. Jahrhunderts populärer; es war aber den Frauen noch lange Zeit von der Seite verboten, wie die Ausübung der meisten Sportarten. Nach in der Mitte des 19. Jahrhunderts erregte es bei den guten Veranern recht antipathische Aufregung. berühmte Opernsängerin Henriette Sonntag lag auf der Eisbahn des Tiergartens schlittschuhlaufend zarte.

Darin hat sich nun mit der stämmigen Entwicklung des gesamten Sportlebens in den Kulturländern auch in Deutschland ein höchst erfreulicher Umschwung vollzogen. Der Arzt rechnet das Schlittschuhlaufen zu den gesündesten und dabei relativ un gefährlichsten Sportarten. Vor den meisten andern hat es den Vorzug, daß die Anforderungen, die es an die Körperkräfte stellt, in ganz beliebiger Weise abgefaßt werden können. Auch schwächlichen Kindern, denen die Ausübung manches andern Sports verlegt bleiben muß, wird man das Schlittschuhlaufen oft noch gestatten dürfen. Mit den andern Zweigen des Wintersports reißt das Schlittschuhlaufen den Vorzug, eine Unerziehung des Körpers nahezu auszu schließen. Die Gewandtheit, Geschmeidigkeit des Körpers läßt es in besonderem Maße — zumal beim Kunstlauf. Auch solche Muskeln, besonders solche Rücken- und Fußgelenks, die sonst weniger benutzt werden, werden durch das Schlittschuhlaufen gestärkt.

Erreicht schon jeder Sport das Tempo des Stoffwechsels, so ganz besonders der Wintersport. Die Lebhaftigkeit des Stoffwechsels dokumentiert sich deutlich in der Zunahme der Pulsfrequenz; die Zahl der Pulse, beim ruhenden Menschen etwa 65 bis 70 in der

Arzte, steigt auf 90 und darüber. Der Blutdruck steigt gleichfalls an, und die Atmung wird beschleunigt.

Auch nach andauerndem Schrittschuhlaufen glaubte man eine Veränderung der Herzgröße feststellen zu können, wie sie für andere Zweige des Sportes schon mehrfach behauptet war. Die Einwirkung des Sportes im allgemeinen auf das Herz ist überhaupt in den letzten Jahren vielfach von ärztlichen Fachleuten diskutiert worden, und einzelne Mitteilungen haben eine gewisse Beunruhigung des sportliebenden Publikums hervorgerufen. Selbstverständlich soll eine irgendwie anstrengende körperliche Betätigung nur von Leuten

mit gesundem Herzen ausgeübt werden. Wohl kann auch dem kranken Herzen ein gewisses Maß körperlicher Bewegung guttun; diese muß dann aber von ärztlicher Seite genau dosiert und überwacht werden und fällt nicht mehr in das Gebiet des Sportes, sondern des Heilverfahrens.

Man hat aber lange Zeit allgemein geglaubt, daß eine anstrengende sportliche Betätigung auch bei gesunden Leuten öfters eine Vergrößerung des Herzens zur Folge habe, indem sich die Herzhöhlen erweitern, und man hat weiter geglaubt, daß eine häufige Wiederholung solcher Herzveränderungen zu einer dauernden

Schädigung des Herzens führen müsse. In der jüngsten Zeit aber, in der die objektive Untersuchung des Herzens vermittleis Röntgenstrahlen und anderer ergatten Methoden so überraschende Resultate geliefert hat, ist auch diese Anschauung stark erschüttert worden.

Nicht einmal bei Rennradfahrern, deren Herzen doch eine ganz enorme Arbeitsleistung zu bewältigen haben, hat sich auf dem Röntgen-Schirm eine Vergrößerung des Herzens feststellen lassen. Nach diesen Befunden läßt sich mit Sicherheit auch für den Eislauf, der erheblich geringere Anforderungen an die Pumpkraft des Herzens stellt, eine Schädigung dieses wichtigen Organs ausschließen.

ff. Englischbrunnen-Biere

aus feinstem Malz und Hopfen, hervorragend
in Qualität, bekömmlich und haltbar

Brauerei Englisch Brunnen Elbing.

Zweigniederlassungen in:

- Allenstein, Gottstädterstrasse Nr. 3.
- Bromberg, Lindenstrasse Nr. 1.
- Danzig, Grosse Schwalbengasse Nr. 34.
- Dirschau, Markt Nr. 9.
- Graudenz, Speicherstrasse Nr. 26.
- Konitz, Mühlenradstrasse Nr. 1.
- Thorn, Heilige Geiststrasse Nr. 7-9.



Konzert-Sprengapparate
und Musikinstrumente aller Art
30-40 Proz. billiger
als in anderen Geschäften.
Lieferung mit Zahlungsplan.
Spezialhaus für Musikwaren
Emil Schaefer,
Elbing, Seidenstrasse 147.

Billig und gut
ist Chromacher
Tischmann
Spezialwerkstatt.

Bekanntmachung!
Groß-Schuhwaren-Lager
und Schnell-Beihilfsfabrik
nur kleine Abnehmer.
Lieferung in 24 Stunden.
Befehl u. repariert jed. Fußweg.
Verrentbiler 2,00 Mk.
Damenhüten 1,25 Mk.
Empfehle mein Lager moderner
Schuhwaren zu billigen Preisen
Joh. Joh. Fortier.

Regenschirme, Stöcke
Krawatten, Handschuhe
Hüte, Mützen, Lederwaren,
Wäsche, Trikotsagen
u. s. w.
Berufs-Kleidung
Kaufmanns- u. Arbeiterkleidung
E. Hirsch
Altstadt, Graben 78
u. Schmirgelgasse 7.

**Arbeiter! Agitiert
für Eure Volkswacht!**

Central-Theater Elbing, Brückstr. 15

••• Neues •••
Programm
Darunter
1 großer Schlager.
Außerdem
an Humoresken:
Pathé Journal
Herrn Sturms erstes Manöver
Rosaliens Sabotage
Ein Gelegenheitskauf
Wirkungen einer Rakete
Dramen:
Andrea und Hadia
Auf Löwenjagd
Schuldig?
••• Einlagen •••
Die Direktion.

Montag, den 12. Februar, abds. 8 Uhr
im Vereinsgarten

Wissenschaftlicher Lichtbilder-Vortrag
des Genossen **Meentzen-Dresden**
„Ueber die natürliche Schöpfungsgeschichte“.
Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. sind zu haben in den Konjum-
geschäften, im Vereinsgarten und bei den Kassieren der Partei und
Bemerkbarkeiten. 1775

**Sozialdemokrat. Verein
Danzig-Stadt (9. Bezirk).**
Am Donnerstag, den
8. Febr., abends 8 Uhr
findet im Kartellzimmer
Dominikswall 8, eine
**außerordentliche
Mitglieder-Versammlung**
unseres Bezirks statt.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Schröder.
2. Parteiangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Bezirksführer.

**Kredit
Möbel**
Herren- u. Damen-
Garderobe
liefert bei
kleinsten An-
und Abzah-
lung
billig

Uhren
mit 3jähriger Schrift. Garantie
Silberne Herrenuhren
von Mk. 7,50
Silberne Damenuhren
von Mk. 7,50
Goldene Damenuhren
von Mk. 14,50
Wecker von Mk. 1,75
Reparaturpreise:
Eine Uhr reinigen Mk. 1,
eine Feder Mk. 1, ein Glas
15 Pf., Zeiger 10 Pf., Ziffer
20 Pf.
S. Lewy Nlgr,
Uhrmacher, nur Breitstraße 28



Blumenreich
DANZIG
Breitgasse 16
Gegründet
1881

Grosser Reste-Verkauf.

Von Sonnabend, den 3. Febr. ab kommen die aus allen Lägern angesammelten, gewaltigen Posten:
Reste, Abschnitte, einzelne Coupons für Blusen und Kleider, aussortierte u. angestaubte
Bettwäsche, Damen-, Herren- u. Kinderwäsche **ohne jede Rücksicht** auf
den früheren Wert **zu ganz erstaunlich niedrigen Preisen zum Verkauf.**

Reste in Seidenstoffen,
weißen, schwarzen und
farbigen Kleiderstoffen,
Kleiderbarchent,
verschiedenen
Flanellen

Reste in Negligéstoffen,
Piquebarchenten,
Hemdentuchen,
Renforces,
Linen und Dowlas,
Halb- und Reislainen.

Reste in verschied. Schürzenstoffen,
Inettes, Brells,
weißen und bunten-
Bettbezugstoffen,
Gardinen und Möbelstoffen,
Portieren u. Läuferstoffen.

Reste in Teppiche m. kl. Webefeldern,
Tischdecken in Plüsch u. Tuch,
Bett- und Steppdecken,
Hand- und Tischtücher,
Felle und Bettvorleger,
Korsetts, Regenschirme usw.

Große Posten von doppelt gereinigter Bettfedern und Daunen außergewöhnlich billig!

Große Restbestände (angestaubte).
verschiedene Sorten Damen-Herren, Bekleidungsstücke, Nacht-
jacken, Stöcke etc. und Anstanzstoffe, Schürzen, Hemden-
u. Kinderwäsche
kommen zu sehr billigen Preisen zum Verkauf.

Ähnliche noch vorhandene
Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion
Pelzkragen und Muffe jetzt zu Spottpreisen.
Ganz besonders weise ich auf einen Posten
Peletois, Blusen, Kostümröcke und Unterröcke hin.
Außerdem gewähre ich trotz der Preisermäßigung noch
einen Extra-Rabatt von 10 Prozent.

Van der See, Nachf., Holzmarkt 18.

Aus Westpreußen.

Was ist die Sozialdemokratie?

Was ist die Sozialdemokratie? Ein Programm? Eine Organisation?

Ein Programm, das im tiefsten Lebensbedarf der arbeitenden Massen gründet, das in den politischen Kämpfen zweier Jahrhunderte geschmiedet und im Feuer der Revolution gefestigt wurde und den nach Licht und Glück ringenden Völkern als neue Heilsbotschaft erscheint.

Eine Organisation, deren eiserne Bande durch die kapitalistische Produktion mit ihrer Konzentration der Arbeitermassen gegeben sind, deren Grundlage der Tageskampf der Arbeiter um Brot und Freiheit bildet das Bewegungsgesetz in der steigenden Entfernung der kapitalistischen Politik von den Interessen der Volksmassen begründet ist.

Vor allem aber bedeutet die Sozialdemokratie eine neue Welt, die innerhalb der kapitalistischen Welt entsteht und sich gegen die kapitalistische Herrschaft wendet. Sie bedeutet die Entwicklung einer Klasse, der Arbeiterklasse, die geistig emporstrebt, politische Erfahrungen sammelt, sich soziale Erkenntnisse verschafft, sich eine Führerschaft herausbildet, kulturelle Vorposten hinausschickt, bald hier, bald dort, an immer zahlreicheren Stellen den Hebel aufsetzt, um die Gesellschaftsordnung umzugestalten, in der sie zur Formarbeit und zur Dummheit verurteilt ist. Und je mehr die Spitzen der Kapitalistenklasse in ihrer sozialen Stellung sich über die Völker erheben, die sie wirtschaftlich beherrschen, desto mehr verwandelt das Proletariat alle Gehege, alle Erscheinungen der kapitalistischen Produktionsentwicklung und der kapitalistischen Politik in Mittel zur Bekämpfung der kapitalistischen Herrschaft. Industrieller Aufschwung oder industrieller Niedergang, Agrarkrisis oder Leuerung, hohe Preise oder niedrige Preise, kapitalistische Konzentration ebensogut wie die Betriebszerrüttungen, z. B. in der Hausindustrie, die Körbe so gut wie die Handwerkerkunst, ob Freihandel, ob Schutzoll, ob Krieg oder Friede, Republik oder Monarchie, — überall und in allem geht das Proletariat dem kapitalistischen Sonderinteresse nach, bringt es heraus, hebt es hervor, in den Parlamenten, in den Gemeinden, in den Zeitungen, in öffentlichen Versammlungen, in geschlossenen Vereinsführungen, in jeder Werkstatt, in jedem Haus — schlenbert die ganze kapitalistische Wirklichkeit als eine enbloße, nachlose, von Ton zu Ton aufschwellende Anlage der Kapitalistenklasse entgegen: Wenn das auch ideell als die Ausmünzung der Grundgedanken des Sozialismus erscheint, so ist es doch politisch und kulturell weit mehr als das, es ist — das Leben einer Gesellschaftsklasse.

Wie vermagfügig erscheint demgegenüber der plumpe Gegensatz zwischen parlamentarischer und revolutionärer Taktik! Überall und unter allen Verhältnissen, was auch geschieht, unter jedem Staatsregime und bei jeder politischen Entwicklung, findet die Kapitalistenklasse, wenn nicht früher, so im entscheidenden Augenblick das Proletariat als ihren zielbewußten Mitleidigen auf dem Schauplatz. Das zeigen uns die Parlamente der Industriestaaten und das zeigt uns nicht minder die russische Revolution.

Die Sozialdemokratie steht der kapitalistischen Welt die proletarische Welt entgegen.

Danzig.

Ein statistisches Amt wird der Magistrat zum 1. April einrichten. Er begründet diese Maßnahme wie folgt:

Saß in allen Großstädten hat sich mit der Zeit die Notwendigkeit herausgestellt, die für die Verwaltung unerlässliche Arbeitsteilung durch Abtrennung der statistischen Arbeiten weiter zu führen und diese durch Errichtung eines statistischen Amtes auf eine breitere Basis zu stellen. Zurzeit bestehen im Deutschen Reich 14 kommunalstatistische Ämter, von den 48 Großstädten fehlen nur noch acht, darunter auch Danzig. Für unsere Stadt hat sich das Bedürfnis für ein statistisches Amt immer dringender herausgestellt.

Die Hauptaufgabe eines statistischen Amtes wird die sein, seinen gegenwärtigen Stand und die Vorgänge in der gesamten Kreisververwaltung, soweit sie statistisch zu fassen sind, darzustellen und ihre Zusammenhänge aufzudecken, ferner hierdurch das Material zu schaffen, welches für die Verwaltung unerlässlich ist, um gezielte Maßnahmen in ihrer Wirkung zu kontrollieren und für nach zu treffende Maßnahmen die statistische Basis zu schaffen. Zwar wird gegenwärtig von den einzelnen Verwaltungsstellen die Statistik geführt, die für sie unbedingt erforderlich ist. Doch besteht der Mangel, daß ihre Verwertbarkeit für die gesamte Verwaltung von einheitlichen Gesichtspunkten aus unterbleiben muß und ihre stete Berechtigung für alle Stellen, die im Interesse der gesamten Verwaltung unbedingt erforderlich ist, nicht ermöglicht werden kann. Abhilfe kann hier nur durch Errichtung eines statistischen Amtes unter technischer Leitung geschaffen werden.

Zu den Aufgaben eines solchen Amtes, deren Erfüllung eine ununterbrochene Sammelarbeit und fortwährende Bearbeitung der statistischen Materialien voraussetzt, wie diese sich an den einzelnen Verwaltungsstellen ergeben, tritt dann die weitere, eine Beobachtungsstelle für das gesamte wirtschaftliche und soziale Leben, für die Bevölkerungsverhältnisse und die gesundheitlichen Verhältnisse der Stadt zu sein. Ueber die bloße Sammlung, Bearbeitung und stete Bereinigung des innerhalb der städtischen Verwaltung gewonnenen Materials hinaus ermöglicht aber das statistische Amt auch die weitgehende Aufbarmachung der statistischen und volkswirtschaftlichen Materialien, welche von anderen Verwaltungen, insbesondere von denen des Reichs und des Staates und vor allen Dingen anderer Städte, sodann aber auch von Korporationen und anderen privaten Organisationen und dergleichen produziert werden, inwiefern es das statistische Amt auch zu einer Sammel- und Beobachtungsstelle für diese Materialien wird, soweit sie für die städtische Verwaltung in Frage kommen können.

Erscheint nach diesen Ausführungen die Errichtung eines statistischen Amtes in Rücksicht auf die eigenen Bedürfnisse der städtischen Verwaltung als Notwendigkeit, so bedingen auch die großen Aufgaben, die Staat und Reich in statistischer Hinsicht dem städtischen Gemeinwesen stellen, seine Errichtung. Namentlich die Organisation der regelmäßig wiederkehrenden großen Volks- und Volkszählungen, ferner die alljährlich wiederkehrenden Viehzählungen bedeuten für die städtische Verwaltung mit dem von ihnen erforderlichen Arbeitsaufwand jedesmal eine empfindliche Störung des gewöhnlichen Geschäftsganges. Nur in die Aufgaben eines statistischen Amtes lassen sich die genannten periodisch wiederkehrenden Zählungen organisch eingliedern. Für das statistische Amt ergibt sich außerdem in erhöhtem Maße die Möglichkeit, die für Reich und Staat auszuführenden Zählungen für die unmittelbar städtischen Verwaltungszwecke in weitem Maße nutzbar zu machen, was schon in Rücksicht auf die hohen Kosten solcher Zählungen, welche von der Stadt zu tragen sind, geboten erscheint. Diese Aufbarmachung kann einmal geschehen durch Beilage von Sonderarten für eine Wohnungs-

zählung (wie dies auch schon in Danzig geschehen ist), sodann durch Aufnahme von Zusatzfragen in die Zählkarten des Reichs oder Staates für städtische Verwaltungsbedürfnisse oder endlich durch eine auszugswelse Bearbeitung des Zählmaterials zu städtischen Verwaltungszwecken vor seiner Abgabe an die Staatsbehörden. Auch die statistischen Arbeiten, welche von der städtischen Verwaltung auf dem Gebiete der Bevölkerungsorgänge und des Arbeitsmarktes für die Reichsbehörden fortlaufend zu leisten sind, können durch ein statistisches Amt in weitem Maße für städtische Zwecke dienstbar gemacht werden.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich, daß dem zu errichtenden statistischen Amte außer der Lösung geeigneter Aufgaben, die sich in den verschiedenen Verwaltungsstellen ergeben, in einzelnen vornehmlich folgende Aufgaben zuzuweisen sind: die Einrichtung, Führung und Sammlung der Bevölkerungsstatistik, der Gesundheitsstatistik, der Finanzstatistik, der Statistik der Bauwirtschaft, des Wohnungsmarktes, des Grundbesitzwechsels, des Arbeitsmarktes, (Krankenkassen- und Arbeitsnachweisstatistik), der Kranken-, Armen- und Waisenpflege, der städtischen Arbeiter, der städtischen Werke, der Schulen, des Gewerbes und Kaufmannsgerichts, der Lebensmittel- (Laden- und Markthallen-) Preise, des Güterverkehrs usw. Ferner ist dem statistischen Amt die Ausführung der von Reich und Staat angeordneten Erhebungen zu übertragen. Als weitere Aufgabe soll dem statistischen Amte die Einteilung der Stadt in Wahlbezirke zu den Stadtverordneten- sowie den Reichs- und Landtagswahlen übertragen werden, desgleichen auch die Ausstellung der Wählerlisten. Der Beamte, der schon jetzt mit diesen Geschäften betraut ist, wird dem statistischen Amte überwiesen werden. Durch seine Sammelstätigkeit wird das statistische Amt in die Lage gesetzt, über Gegenstände der städtischen Verwaltung Auskunft geben zu können, und eingehende Anfragen, soweit sie im statistischen Amt nicht erledigt werden können, an die zuständige Stelle zu leiten. Ueber das statistische Amt werden deshalb auch die zahlreichen Anfragen über städtische Angelegenheiten zu leiten sein, die gegenwärtig die verschiedenen Verwaltungsstellen außerordentlich belasten.

Die Kosten würden sich einschließen auf 8000 Mark jährlich belaufen.

Der Magistrat unterbreitete seinen Antrag über die Errichtung eines statistischen Amtes am 31. Januar den Stadtverordneten, die ihn nach kurzer Debatte annahmen.

Elbing.

Der Bildungsausschuß gewann den bekannten Redner Herrn Weenzen-Tresden, zu Menio, den 12. Februar, zu einem Lichtbildvortrag. Weenzen wird ein wissenschaftliches Thema aus der Geschichte der Menschwerdung behandeln. Der Vortrag findet im Vereinsgarten statt und wird nach durch Inzerate besonders bekannt gemacht. Wir erlauben die Genossen und Gewerkschaftsmitglieder, für einen guten Besuch zu sorgen.

Amstliches Stichwahlresultat. Es sind im ganzen 27 677 Stimmen abgegeben, davon wurden 853 für ungültig erklärt. Von den gültigen Stimmen hat Herr Forstrat Schröder-Elbing 15 106 Stimmen und Herr von Oldenburg-Jamschau 11 718 Stimmen erhalten. Herr Forstrat Schröder ist sonach mit einer Majorität von 3388 Stimmen gewählt. In verschiedenen Wahlbezirken sind einige Fehler und Unregelmäßigkeiten vorgekommen, diese haben jedoch auf das Wahlergebnis keinen Einfluß.

Die 853 ungültigen Stimmen sind ein weiterer Beweis für die glänzende Disziplin unserer Organisation in Elbing-Marienburg. Selb ein geschlossenes Heer vor sich zu haben, wird den diesmaligen „Siegern“ nicht gerade angenehm sein.

Herr v. Oldenburg-Jamschau dankt an der Spitze des Danziger konservativen Klattes seinen Wählern und sagt: „Ich freue mich, daß ich der Sozialdemokratie einen Sieg nicht zu verdanken habe. Hurra, es lebe der Kaiser!“

Am! Vor der Stichwahl hat der Jamschauer nicht erklärt, daß er etwa keine sozialdemokratischen Stimmen mag. Damals schrieb vielmehr sein Organ, die Danziger Allgemeine Zeitung, die sozialdemokratische Agitation habe sich auf einem wesentlich höheren Niveau bewegt, als das „Nondylum waterländischer Berheger“. Heutigens wird Herr v. Oldenburg bei der nächsten Wahl wahrscheinlich das Vergnügen haben, mit der Sozialdemokratie den Entscheidungskampf auszufechten. Die sozialdemokratischen Stimmen im Wahlkreis Elbing machen nämlich fast schon ein Drittel der Wahlberechtigten aus und die „waterländischen“ Wahlmänner können niemand auf die Dauer blenden.

Friedensjubel gegen die Arbeiterschaft. Die Deutsch-Konservativen des Wahlkreises Elbing-Marienburg erlassen folgende Erklärung:

„Die Schmach ist geschehen! Auf den Krücken der Sozialdemokratie kumpelt ihre Stabskapitän Schröder in den Reichstag. Wir sehen mit gutem Willen und blanker Ehrenschuld aus dem Wahlkampf heraus, durch die Macht der Millionen zu Falle gebracht. Das Schwert sei nunmehr begraben. Der Wunsch unserer Parteigenossen ist es, daß jordan eine verhältnismäßige Stimmung Platz greife. Wäre der neue Reichstagsabgeordnete auch auf die Verleumdung der „waterländischen Wahlvereine“ dahin wirken, daß die durch den Wahlkampf hervorgerufene Verbitterung aufhöre. Wir wünschen und hoffen, daß der Ausgang der Wahl unserem Vaterlande und unserm Wahlkreise zum Segen gereiche.“

Die agrarischen und die industriellen Scharfmacher sitzen einander in die Arme und lachen sich ins Häuschen über die leichtgläubigen Arbeiter, die sich für den blauschwarzen Vlod willig einhängen lassen.

Sozialdemokratische Hilfe befehlet den „waterländischen“ Reichstagsabgeordneten. Des Organ des Herrn Schröder heißt fort, in Eingebands die Arbeiter zu bekämpfen. Am 28. Januar heißt es in einem solchen Artikel:

Ein Genosse, (genannt ist die Elb. Ztg. mit ihrem Verleger, N. B.) der es fernab brumt, seinen Reichstagsabgeordneten dadurch zu belüdeln, daß er seine Wahl nur der Hilfe der Sozialdemokratie zuschreibt, konnte nicht mit Glacéhandschuhen angefaßt werden.

Vor der Stichwahl fruchtlos Winkeln um sozialdemokratische Stimmen. Nach ihr behüdeln man den „waterländischen“ Abgeordneten schon, wenn man hören „Sieg“ nur der sozialdemokratischen Hilfe zuschreibt. Wäßen die irriggeführten sozialdemokratischen Wähler, denen allein es zu danken ist, daß Schröder gewählt wurde, nicht vor Scham und Scherz erbeben, daß man ihnen jetzt sagt, sie haben den „waterländischen“ befehlet? Freilich, mancher ist ja nicht anders zu füttern.

Wißbegierige. In dem Hause, in welchem der Genosse Brit wohnt, welcher einige Zeit die Expedition der Volkswacht beorgte, erschien vor einigen Tagen ein Polizeibeamter und wollte über den Genossen Brit und über die von diesem vertriebenen Schriften Auskunft haben. Der Herr geriet an eine „falsche Adresse“ und entfernte sich dann, ohne weiter zu forschen. Da auch die Kinder anderer Genossen in der Schule ausgefragt worden sind, nehmen wir an, daß man sich auf jener Seite eingehend für unsere Jugendbewegung interessiert.

Wir danken gefälligst für diese Aufmerksamkeit. Hervorheben möchten wir aber doch, daß auch wir auf dem Posten sind.

Eine drakonische Strafe verhängte das Schöffengericht über einen Elbinger Bäckermeister, der troh w l e d e r h o l t e r A u f f o r d e r u n g, die Bundesratsverordnungen in seinem Betriebe nicht auszuhängen. Er hatte für seine Ublenborkigkeit ein Strafmandat von einer deutschen Reichsmark erhalten und beantragte dagegen gerichtliche Entscheidung. Zum Termin aber erschien er nicht. So sah sich das Gericht veranlaßt, einmal ein Exempel zu statuieren. Es verhängt gegen den raubzünftigen Beherrscher des Backtroges eine Strafe von dreihundert — erschröcke nicht, o Leser — Pfennigen. Die Strafe mußte so hoch ausfallen, weil, wie die Elbinger Zeitung angibt, die gerichtliche Entscheidung p a n z u n g e r e c h t i g t beantragt war. Hoffentlich sieht der Bäckermeister nun ein, daß der Staat nicht mit sich spahen läßt und bequemt sich, dem Befehl nachzukommen.

Zwölf Jahre Zuchthaus gegen einen Verzweifelden. Zu unserer Notiz in der letzten Nummer der Volkswacht über das harte Urteil gegen den Anstreicher Albin bringen wir noch folgende Darstellung:

Vor dem Schwurgericht zu Essen wurde die Tragödie eines Arbeiterlebens zu Ende geführt. Im Oktober vorigen Jahres hatte der Anstreicher Albin auf den Vertrauensarzt der Malerinnungs-Krankenkasse Dr. Schneider einen Revolveranschlag abgegeben, der den Arzt schwer, aber nicht tödlich verletzte. Albin war stark lungenleidend und dieserhalb schon mehrfach in Lungenheilstätten gewesen. Auch im Oktober fühlte er sich krank und wurde von einem Arzt arbeitsunfähig geschrieben. Die Krankenkasse überwies ihn dem Vertrauensarzte, der den Kranken ohne weiteres gesund schrieb. Das System der Krankengeldbrüder sei in dieser Hinsicht beherrschten Klasse sehr stark ausgebildet sein. Albin brachte nunmehr die Alteste eines Spezialarztes für Lungenkrankheiten und die des Kreisarztes bei, die ihn beide für arbeitsunfähig erklärten. Darauf wollte ihn Dr. Schneider ins Krankenhaus schicken, womit Albin aber nicht einverstanden war. Krankengeld bekam er dann nicht. Und nun tauchte der Gedanke in dem Manne auf, sich an dem Arzte zu rächen. Er kaufte sich einen Revolver und schloß eines Nachts auf den von der Jagd heimkehrenden Arzt. Nachher stellte er sich selbst der Polizei. — Ein Sachverständiger erklärte den Mann (der nichtorganisiert war) nach der ethisch-moralischen Seite für defekt. Trotzdem erkannten die bürgerlichen Geschworenen auf 12 Jahre Zuchthaus wegen Mordversuch. Der Verurteilte ist so hinfällig, daß er das Zuchthaus nicht mehr lebend verlassen wird.

Laufende Quittung des Wahlfonds für den Wahlkreis Elbing-Marienburg.

Bestand am 31. Dezember	2189,31 Mk.
Im Januar gingen ein:	
Allgem. Arbeiterverein	18,50 "
Töpfer	8,75 "
N. N. durch Triffl	30,00 "
S	1,00 "
Schmiede	35,00 "
Transportarbeiter	6,00 "
Fabrikarbeiter	166,75 "
Maler	3,60 "
Holzarbeiter	135,00 "
Metallarbeiter	38,75 "
Durch Genossen Kaiser	1,30 "
Markenverkauf Stadt Elbing	13,50 "
Markenverkauf Bezirk Marienburg	8,20 "
Markenverkauf Bezirk Schönhoberg	8,30 "
Markenverkauf Bezirk Bannau	5,50 "
Markenverkauf Bezirk Tiegenhof	2,30 "
Summa 2679,75	187.

Der Kassierer D. Bredow.

Marienburg.

Auf das Konto der niederträchtigen Verletzung der Arbeiter untereinander ist ein Totschlag in der Ortlichkeit Tiege bei Tiegenhof zu legen. Dort kam es am Stichwahltag zwischen Anhänger Schröders und Oldenburgs zu einer Rauferei, bei der ein Arbeiter einen andern niederstöß. Der Verletzte ist am Sonntag im dem Tiegenhöfer Krankenhaus gestorben. Er hinterläßt außer seiner Witwe drei kleine Kinder.

Ein Ziegeleibesitzer aus Freienhuden räumte im Sommer v. Js. an den Magistrat von Tiegenhof ein Schreiben, in dem er mehrmals die Wendung gebrauchte, „der Magistrat habe gelogen“. Von der Anklage, den Magistrat beleidigt zu haben, sprach das Schöffengericht in Tiegenhof den Herrn frei. Die Elbinger Straf-kammer hob das Urteil auf und erkannte auf 30 Mark Strafe oder 6 Tage Gefängnis. — Ob ein Arbeiter auch so billig abgefunden wäre?

Danzig-Land.

Die vorgelegene Gemeindevählerliste von Bürgerwiesen. Paragraph 30 der Landgemeindeordnung bestimmt, daß der Gemeindevorsteher eine Liste der Gemeindeglieder und der sonstigen unberechtigten Personen zu führen und diese Liste alljährlich im Januar zu berichtigen hat. Im Paragraphen 38 ist dann angeordnet, daß in dem Zeitraum vom 15.—30. Januar diese Liste öffentlich zur Einsichtnahme auslegen muß. Diese Vorschriften gelten auch für das Jahr, in dem eine Gemeindevahlen stattfindet. Bürgerwiesen-Sandweg in dem es in diesem Jahre Gemeindevahlen vorzunehmen und man hätte erwartet, daß die Liste der Gemeindevorsteherung auch nicht unterlassen sei. Wie aus man aus Bürgerwiesen mitgeteilt wird, ist die Liste eine Verhinderung der Wählerliste vorgenommen, nach der Liste zur Einsichtnahme ausgelegt. Am 20. Januar ist der Gemeindevorsteher durch den Genossen Borkowski an die Wählerliste erinnert. Der Herr Gemeindevorsteher aber kümmerte sich um die Liste nicht. Am 29. Januar nahm Genosse Corniel, n Gelegenheit zu einer Anfrage, warum denn die Liste nicht auslege. Da meinte Herr Niklas: „Ich denke, in diesem Jahre findet doch keine Wahlen statt!“ Als ihm dann Genosse Corniel bedauerte, daß er sich irrt, erklärte das Gemeindevorsteher, durch Krankheit an der Bekämpfung der Liste verhindert gewesen zu sein. Er werde das jetzt nachholen und den Termin der öffentlichen Auslegung bekannt geben. Auch werde er die Abschrift der Liste gestatten. Das Faktum, daß die Gemeindevählerliste nicht ordnungsgemäß zustande kam, vermag Herr Niklas damit nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Bedauerlich, daß in einer Gemeinde von 2000 Einwohnern in der allernächsten Nähe der Provinzialhauptstadt dergleichen vorkommen kann.

Die Brunnenreinigung des Viehlaubaches führte dabei zwei Bauunternehmer, einen Zimmermeister und einen Ingenieur vor die Gerichtsschranken. Die ersten drei wurden zu 200 Mark, der Ingenieur zu 50 Mark Strafe verurteilt.

Wissenschaftliche Lichtbilder-Vorträge. Meenzen.

Im Café **Alt-Weinberg**, Schidlitz, Weinbergstraße.

1. Vortrag: **Die Balkanhalbinsel.**
 Völkerverkunde:
 Sonnabend, den 10. Februar, abends 8 Uhr.
 Karten: Vorverkauf 25 Pfennig, Kasse 30 Pfennig.

2. Vortrag: **Indien.**
 Völkerverkunde:
 Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr.
 Karten: Vorverkauf 25 Pfennig, Kasse 30 Pf.

3. Vortrag: **Die Morgenröte des Menschengeschlechts.**
 Naturwissenschaft:
 Sonntag, den 11. Februar, abends 7 Uhr.
 Karten: Vorverkauf 25 Pfennig, Kasse 30 Pfennig. 1725

4. **Kindervortrag.** Im Sonnabend, den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr findet einer der beliebtesten Kindervorträge statt.
 Neues Programm. Karten pro Person 10 Pfennig.

Karten sind im Vorverkauf zu haben bei den Hauskassierern, den Zeitungsfrauen, in der Expedition Paradiesgasse 32 und in den Gewerkschaftsbureaus. Der Bildungsausschuss.

Deutscher Bauarbeiterverband.
 Zweigverein Danzig.

Dienstag, den 6. Februar 1912, abends 6 Uhr
 im Lokale des Herrn Steppuhn, Bürgergarten
 Schidlitz

General-Versammlung.

Tagesordnung:

- I. Kassenbericht vom 4. Quartal 1911.
- II. Jahresbericht des Vorstandes: a) Vorsitzenden, b) Kassierers und Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren.
- III. Anträge.

Auflagen. Erscheint vollständig in dieser wichtigen Versammlung, es darf kein Maurer, Bauhilfsarbeiter und Stukkateur fernbleiben. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Zweigvereinsvorstand,
 J. H. H. Treder.

1771

Uhren

kauft man billig und gut mit dreijähriger Garantie

Silberne Damen- und Herrenuhren von 7,00 Mk.
 Goldene Damenuhren von 14,00 Mk.
 Wecker von 1,50 Mk.
 Regulatoren und Freischwinger wegen Mangel an Raum zu jedem annehmbaren Preise.

Reparaturpreis: 1 Uhr reinigen 1 Mk.
 1 Feder 1/4, Glas 15, Ziffer 10, Kapsel 20, das Paar von 2 bis 60 Mk. stets auf Lager. Eingravieren gratis.

Trauringe
M. Jacobsohn,
 Uhrmacher und Juwelier
 Nur Breitgasse Nr. 113



Zigaretten

großer Posten ausfort Marken soll schnelligst geräumt werden.
 Verkaufspreis bis 1,50 Mk. pro 100 Stück jetzt nur 0,70 Mk.

2,50	100	1,10
3,50	100	1,60
5,00	100	2,50

Zigarren 100 Stück von 2,50 Mk. an.

Danziger Zigaretten-Grosshandlung
 Telefon 2695 Vorstadt, Graben 61. Telefon 2695 1747
 Geöffnet von 9-12 und von 2-5 Uhr
 Freitag u. Sonnabend bis 7 Uhr abends, Sonntags von 8-9 Uhr.

Verband der Tapezierer Deutschlands.

Ordentliche 1774
Mitglieder-Versammlung
 am Mittwoch, den 7. Februar 1912
 abends 8 Uhr
 bei Walter, Röpergasse 23.

Tagesordnung:
 1. Die Bedeutung der Reichstagswahlergebnisse für die Gewerkschaften.
 2. Vereinsangelegenheiten.
 Vollständiges Erscheinen erwartet

Der Vorstand.
 J. H. Conrad Großvitz.

Oskar Schützmann

Destillation und Likörfabrik
 Tischlergasse No 67.

Enorm billiger Möbel-Verkauf!

Kleiderschränke v. 28 Mk. an
 Vertikos von 26 Mk.
 Sofas von 35 Mk.
 Chaiselongues von 28 Mk.
 Tische von 8 Mk.
 Stühle von 2,50 Mk.
 Pellerspiegel von 9,50 Mk.
 Paneelbretter von 3,50 Mk.
 Elagere von 8,50 Mk.
 Waschtische von 29 Mk.
 Küchenschränke von 24 Mk.
 Bettstellen von 15 Mk.

nur im Möbelkaufhaus
Breitgasse 16.

Kanarienhähne und Weibchen
 w. Aufgabe z. verk. Jakobsneug. 151.

Spezialität:
Grogum
 à Liter 1,60 Mk.

Möbel! Kredit!

Neueste Damen-
 Kostüme von 60 bis 18 Mk.
 Mäntel von 75 bis 15 Mk.
 Jacketts von 45 bis 12 Mk.
 Blusen von 20 bis 3 Mk.
 Anzahlung 3 Mark an.

Beamten und alten Kunden ohne Anzahlung.
Kompl. Zimmer
 Wohn- oder Schlafzimmer
 Herren- oder Speisezimmer von 10 Mark Anzahlung an.

Sofas von 32 Mark an
 Chaiselongues von 24 Mark an
 Garnituren von 105 Mark an

Einzelne Möbel von 2 Mark Anzahlung an.
 Betten Satz von 3 Mark Anzahlung an.

Ergänzungsmöbel in großer Auswahl.
 Auswärtigen Kunden vergütete Fahrt 3. Klasse.

Neueste Herren- und Knaben-
 Anzüge von 48 bis 18 Mk.
 Paletots von 50 bis 18 Mk.
 Uister von 48 bis 24 Mk.
 Rock-Anzüge v. 65 bis 32 Mk.
 Abzahlung wöchentlich 1 Mark.

Eigene Polsterei!

Eigene Tischlerei!

Nic. Pindo Nachf.

M. Grau

Modernstes Kredithaus

Holzmarkt 3-4

Parterre, I. II. III. Etage.

Personenfahrstuhl nach allen Etagen.

1760

Nur Melzergasse 1

NUR

Nur Melzergasse 1

im Spezialhaus für Musikwaren

Melzergasse 1

Julius Bogusch

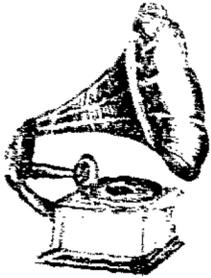
Kernsprecher 558

Melzergasse 1

sollten Sie Ihren Einkauf besorgen in

Sprechapparaten und Platten.

HIER



finden Sie die größte Auswahl, die billigsten Preise und die kulantesten Bedingungen gegen bar und auf Teilzahlung.



Noch ein großer Posten
Platten à 95 Pfennig
nur noch bis zum 3. Februar zu haben.

Zufrieden-

gestellt werden Sie, wenn Sie Ihren Bedarf in
Schuhwaren bei der Firma

Stiefelkönig



G. m. b. H.

Danzig, Breitgasse 120

gecken.

Solide Arbeit! Moderne Formen!

Jeder Versuch überzeugt!

Beachten Sie unsere Schaufenster

Breitgasse und Johannissgasse.

1761

Arbeiter-Sekretariat Danzig

Dominikswall 8, Hof, 1 Treppe

Unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle

Sprechstunden vormittags von 12-1, abends von 5-7 Uhr,
Sonntags von 4-6 Uhr.

ELBING.

Nach beendeter Inventur sämtliche
Artikel zur

Radikal-Räumung

Meine Inventur-Verkaufspreise sind auf
jedem Gegenstand neben dem bisherigen
Preis durch blaue Bänder deutlich vermerkt.

Mein erster

Inventur-Verkauf

erhält dabei über eine große Auswahl
Sachen zu sehr billigen Preisen
die ich nur durch diese Räumung
möglich machen konnte.

letzterlichene Neuheiten

Preisermäßigung bis zu 55 Proz.

Joseph Berlowik

Größtes Spezialgeschäft

für moderne

Herrn- und Knabenbekleidung

Elb. 451.

Elbing, Fischerstraße 37.

Spezialhaus

Arbeitergarderobe
Manufakturwaren, Leinen und Konfektion

A. Haustein

ELBING, Brückstraße 1-2
billigen Preisen und reellster
Bedienung:

Arbeiter-Jacken und -Hosen in allen For-
men u. Größen
aus bestem Material, Maß genau, Zäher
und sauber.

Großes Lager bestgereinigter Bettfedern u. Daunen
mit großer Preiswürdigkeit, Füllkraft
und Haltbarkeit.

Federdicke Einschüttungen, wie auch
Bettbezüge in den schönsten Mustern.

== Blaue Rabattmarken. ==

== Schuhwaren ==

Geschw. Salinger

ELBING, Alter Markt 27

Süssbier II. Caramelbier

Bierbrauerei Rudolf Lütich - G. Jeremia Elbing

Wird im Innern gelagert und Bekömmlichkeit
und gesunde Ernährung ist Tafelbier für jede Familie.

Verkaufsstelle: Elbing, Alter Markt 27

Einzig in Elbing! Alter Markt 62

95 Pf.-Bazar 95 Pf.

Riesenauswahl in

Winnwaren, Luxuswaren, Spielwaren,
Leinwand, Figuren, Vasen, Krippen,
Büsten, Spielzeug, Eisen, Porzellan, Hand-
tuchwafer etc. Täglich Eingang v. Neuheiten

Kowalsky & Abrahamsohn

Fischerstrasse 42.

Fischerstrasse 42.

Wir bringen von heute ab

Reste und
Restposten

Kleiderstoffen, Einschüttungen, Bettbezügen,
Handtüchern, Tischtüchern, Schürzen, Wäschestoffen,
Stickerien, Besätzen sowie sämtliche
Winter-Konfektion, Pelz-Kolliers
Winter-Schuhwaren
Winter-Unterkleider
zu billigen Preisen zum Verkauf. Besonders
vorteilhaft haben wir viele Lagerposten
Damast-Bezüge, verschiedene Brokatmuster,
Luxus-Damenwäsche, etc. angestaubt,
weiss, creme Gardinen-Coupons
abgegeben.

Wenden Sie sich an unsere Fensterauslagen.

Kowalsky & Abrahamsohn

Elbing, Fischerstrasse 42.

Graudenz.

Es will für die Profeten
gutes größeres Brot kneeten,
Es ist gut und 4 Pfund schwer,
Bei keinem andern gibt es mehr.
Süßmilch und Säckchen
Zum Fingerringen.
Für einen Großen vier
Dram halt sie von mir.

Christian Schmidt,

Bäckermeister

Graudenz, Uferstraße 20.

Ein Atheist von Gottes Gnaden.

Zum 200. Geburtstag Friedrichs II. von Preußen.

Hiermit erfüllen wir uns. Despreußen und Steuern zu den Bedenktagen „Friedrichs des Großen“ folgenden Artikel von unserem Genossen Kurt Eisner bei. Die Redaktion.

Die Unsterblichkeit Friedrichs des Zweiten von Preußen endete 1806 — bei Jena. Die Unsterblichkeit hatte 66 Jahre sich behauptet, und den physischen Tod des Königs nur zwei Jahrzehnte überdauert.

Die Verfasser hohenzollerischer Familienromane freilich, die man in Preußen auch Historiker nennt und die um so gefährlicher fabulieren, seitdem sie stat. der plumpen Methode überhöflicher Byzantinerei den auch die „Flecken“ sorgsam auszuspüelnden Stil objektiver Würdigung der Persönlichkeit anwenden, wissen es anders. Leopold von Ranke stellt an die Spitze seines Friedrichs-Alts die Sätze: „Als Friedrich der Zweite am 17. August 1786 in Sanssouci starb, hatten Europa und Amerika ihre Augen auf diesen Platz geheftet; ein Staat war geschaffen, welcher der königlichen Würde allgemeine Bedeutung gab. Friedrich der Zweite hatte sich einen Namen erworben, der die Welt erfüllte. Manchen Fürsten ist der Name des Großen nur bei seinen Vorfahren beigelegt, man aber wieder weggelassen worden; Friedrich der Zweite hat denselben bei der Nachwelt behauptet.“

Ein Staat war geschaffen? Ein Staat war zertrümmert! Es war nicht nur der unveränderte Staat Friedrichs des Zweiten, den Napoleon besiegte, der schimpflicher unterging als irgend ein Land der Weltgeschichte, diese Niederlage hatte der große König ertragen. Das Preußen von Jena und Köslin war daselbst. Nur die Welt draußen war von Grund aus erneuert und die Volksherrschaft der Revolution warfen die preussische Armee geprägten Wertscheine über den Haufen. Der schiefe Absturz nach gewaltigem Welttum wird auch keineswegs dadurch erklärt, daß in dem Staat Friedrichs durch seine Nachfolger der belebende Geist der Aufklärung zerstört worden war, der das Land erheiterte, so daß die Nationen sich selbst erhalten können. Was man Friedrichs Geist nennen konnte, lebte auch zu seinen Regierungsjahren in Preußen, (wenn man auf den Geist des preussischen Volkes nicht etwa die zügellose Lebensführung der Gesellschaft in den guten Jahren zurückführen will.) Friedrichs überhöfliche Hofkultur und die dunkelste Staatsverwaltung haben wenigstens die Aufgabe eines selbständigen Staatswesens wieder zerstört, und seine Nachfolger, denen auch ein Geschichtswissenschaftler nicht „Weisheit“ über eine Nachzulassung mag, haben eher noch den Staat in die Hände der preussischen Herrschaft einbringen lassen, als wenn er nicht unter ihnen ein Herrscher gewesen wäre, der Friedrich.

Friedrichs des Zweiten Nachfolger, die Könige von Preußen, haben das Temperament des Königs nicht geerbt, sondern nur die äußere Form seiner Politik. Die Könige haben die Politik des Königs auf seine Art einen preussischen Charakter gegeben, aber nicht die Politik. Der große Sohn hat den Staat in die Hände der Könige übergeben, die es nicht wahr zu nehmen wußten, daß die Könige die Politik des Königs nicht geerbt hatten, sondern nur die äußere Form seiner Politik. Die Könige haben die Politik des Königs auf seine Art einen preussischen Charakter gegeben, aber nicht die Politik. Der große Sohn hat den Staat in die Hände der Könige übergeben, die es nicht wahr zu nehmen wußten, daß die Könige die Politik des Königs nicht geerbt hatten, sondern nur die äußere Form seiner Politik.

Die Spuren Friedrichs und seiner Politik wirken weiter, und Friedrichs Regierung ist noch heute europäisches Verhängnis. Die Preussische Politik ist ein Widerspruch mit der Bewegung seiner Zeit und dem einseitigen Stande an die historische Gesichtsansicht. Aber der Widerspruch löst sich: Friedrichs Politik war eben nicht seine Politik. Es war die Politik einer Klasse, der preussischen Junkern, dessen prägender Kräfte es war. Friedrich hat die Herrschaft des Adels mehr wie irgend ein Vorgänger geübt. In der Schärfe seines Begriffs sollte man überlegen, daß der Adel des Königs Friedrichs reden, mag man ihn nur höchst augenblicklich und höchst despotisch nennen. Dieser preussische Schmeicheleier hat nicht die geschichtliche Aufgabe erfüllt oder auch nur nahe an die Erfüllung gebracht, so daß staatliche Einheit herbeigeführt werden konnte, sondern eine militärisch-patriotischen Regierungssystem, von dem man weiß, daß es ein Scheitern ist, im Hinblick auf Friedrichs Lebenswerk, war kein absolutistischer Staat, weil er kein Staat war. Der absolute König Preußens war lediglich der Herrscher über die preussischen Untertanen, außerdem der Eigentümer der preussischen Staaten, deren ihm und über ihm herrschten die unabhängigen Gouverneure des fremden Landes, die der König an der Seite und der Arme seiner Stadtherrlichkeit und seiner militärischen Ausbeutung teilnehmen ließ. Die Junkerpolitik wurde Preußen, Deutschland, Europa zum Verhängnis.

Mirabeau hat das schlagende Wort geprägt, die einzige Industrie Preußens sei der Krieg. Wie der Junker seine Gutsherrschaft ausbreitete, indem er Bauernland sich aneignete, so erweiterte die regierende Familie ihren Besitz, indem sie Länder annektierte. Eine neue ererbte Provinz das war nur eine Sache, deren Wert für den eigenen Schatz man nach Quadratmeilen, Bodenschätzen, „Fabriken“, Zahl des Viehs und der Untertanen abschätzte (wie man heute Kolonien betrachtet). Um seinen Besitz zu erweitern und wie er selbst zugehend aus Ruhmbegier, war Friedrich, der als Kronprinz humanitäre Entwürfe gegen den Krieg massenhaft erzeuget hatte, unmittelbar nach seinem Regierungsantritt in Schleien eingestiegen — mitten im Frieden, leichten Herzens. Aus diesem ersten schließlichen Krieg entstanden der zweite schließliche Krieg und der siebenjährige Krieg, mit seinen fürchterlichen Verheerungen, seinen blutigen Menschenopfern, seinen Entsetzungen — es starben nach der Schlacht von Torgau (8. November 1760) von 9700 Vermundeten 2000 an Wundstarrkrampf — seinen Hungerenden, seinem erschöpfenden Steuerdruck. Die rein dynastische Politik des „Länderlegens“ zerrüttete die nationalen, wirtschaftlichen, physischen Kräfte Preußens und rüstete seinen schändlichen Zusammenbruch.

Nichts ist abernet, als von den weitblickenden nationalen Plänen Friedrichs zu sprechen. Antinationaler und kurzfristiger

ist nie eine Politik gewesen. Sein Hirn war von der einzigen Idee erfüllt, der habsburgischen Familienkontinuität Abbruch zu tun. Nichts anderes wollte er. In diesen Jahren und durch sie festigte er im Osten die russische Herrschaft, verteidigte er den französischen Besitz Elsaß-Lothringens gegen das deutsche Vordringen, förderte er, seit seinem verräterischen von Voltaire in jenen Jahren gestäubten Bruch mit Frankreich, die koloniale Weltbeherrschung Englands. Mit den 81 Millionen Mark die England im siebenjährigen Kriege an Friedrich zahlte, baute er mit seinen Soldaten Frankreich besetzt. Er hat Europa nicht nur zerstört, sondern es die Franzosen in die Hände gegeben. Er hat Frankreich durch seine Dynastie in die Hände gegeben, die Weltmacht gegen Preußen und Deutschland zu errichten. Er hat Rußland an der Weiche, Preußen an der Weiche und England jenseits der Meerengefesselt. Das ist die Politik Friedrichs. Die nationale Einigung aller Deutschen hat niemals auch nur für einen Augenblick zum Bewusstsein kommen. Das einzige, was ihm ein fremder Begriff, mußte es sein, weil es sein Volk für ihn gab. Er zerstückelte die deutschen Gebiete nach mehr und vertiefte den Riß so sehr, daß bis zum heutigen Tage keine nationale Einigung der Deutschen erreicht ist.

Wie sehr die nationale auswärtige Politik zerlegend wirkte, so seine Politik im Innern. Sie führte unterhalb des Absolutismus in gewaltige Anarchie, in der er nur ein Gewalthaber war unter vielen. Er trieb nicht Staats-, sondern Privatwirtschaft. Gerade doch er sich den „neuen Dienen des Staates“ nannte, bedeutete Schlimmeres als den Absolutismus, der sich mit dem Staat identifiziert, es ist ein Absolutismus ohne Staat und ohne Verantwortung. Diese Staatsverwaltung ist ein päpstlich-kerikaler Kunstgriff. Würden die Herrscher der Ära sich selbst als Götter behaupten, so würde mit der Hebernahme solcher persönlicher Verantwortung ihre Vernunft begreifbar. Zu dem erwidern sie sich als Beauftragte einer überfamlichen Welt, die nicht angegriffen und zerstört werden kann. So bezeichnet Friedrich nicht als den Inbegriff des Staates, sondern als den Dienen eines Staates, der nicht etwa die Verantwortung eines Volkes ist, sondern eine unangreifbare „Idee“, an die man sich halten mag, als an die verantwortliche, haftpflichtige „Idee“, während der König nur der gehorsame Diener dieser Idee, dieses staatslosen Staates ist. Die Staatsdienerschaft Friedrichs ist eine atheistische Formel für das Gottesquadenium. Er stellt sich unter den Schutz einer jenseitigen Staatsidee, hinter der als einzige Wirklichkeit — der Dienen selbst steht.

Friedrichs Wirtschaftspolitik — ein privatwirtschaftliches Zerstückeln des Merkantilismus — ist Negation des Staates. Sie ist nur auf die Sammlung eines Staatschatzes gerichtet. Staatschatz aber das heißt wieder nur Privatvermögen. Die gesamten Einnahmen fließen in einen königlichen Dispositionsfonds, über den der Herrscher frei verfügte; sein Vorgänger war schon weiter in der Sammlung öffentlicher und privater Gelder gekommen. Die einzige Regel der königlichen Deponierung ist: Ueberflüsse in barem Gelde. Deshalb: Keinen Großkonsum ins Ausland, Besserung der inländischen Industrie, die mit den künftlichen und gewalttätigsten Mitteln nachschub empfangen zu treiben versucht wird. Statt Waren werden aus dem Ausland Menschen eingeführt, sofern man Geld bei ihnen erzwangt oder die sich als Arbeitskräfte verwenden lassen. Darum ist Friedrich „tolerant“. Als der Jesuitenorden verboten und überall verfolgt wird, schafft ihnen Friedrich, der Freund Voltaires, der König, der unabhängig über Waffen, Mader, Jesuiten schimpft, in Schießen ein Asyl. So lange er nämlich bei ihnen märchenhafte Reichtümer vermutet. Mit allen Mitteln leitet Friedrich Geld in den Staatschatz: Ein unübersehbares Gemisch von Kopfsteuern, Akzisen, Eingangs- und Zinnzöllen, Stempelsteuern pumpt die arbeitenden Untertanen leer. Als mit wachsendem Alter seine Menschenverachtung und Habgier ausschweifend entartet, wird der Steuerdruck unenträglich, der ausschließlich auf den Bauern und den Bürgern lastet. Der Adel ist nicht nur steuerfrei, sondern der König beteiligt ihn auch am eigenen Geschäft: er bekommt alle fetten Posten in Staat und Armee; nach dem siebenjährigen Kriege erhalten die Junker die Hälfte und mehr des Wertes ihrer Güter in barem Geldgeschenken. Der König las persönlich nur Zuschriften von Adligen, die an ihn gerichtete Korrespondenz von bürgerlichem und bäuerlichem Bad überließ er seinen Schreibern. Die Bauern mußten Kopfsteuern entrichten, die „Kontribution“, 28,66 Prozent des Nettoertrages ihrer Höfe jährlich. Um diese Steuerzahler, die zugleich lebenslanglich militärpflichtig waren, auch Führen, Borspann, Reitpferde, Futter für die Militärpferde stellen mußten, nicht zu vermindern, verbot Friedrich die Einziehung von Bauernhöfen durch die Adligen; das ist der berühmte „Bauernschutz“, um den sich die Junker odendrein nicht kümmerten. Die Bürger in den Städten erlitten unter den Abgaben auf Gebrauchsgüter, Verkehr, Handel und Wandel; es war schließlich jede Lebensregung doppelt und dreifach besteuert. Dazu wurden in den letzten Jahren die Steuern an die französische „Regie“ verpachtet. Salz- und Tabakregale, ein Koffeobremereimonopol verschärften noch den ungeheuren Druck und den wachsenden Feigen Haß gegen den Despoten.

Der siebenjährige Krieg wurde geführt von den 81 Millionen Pfund englischer Subsidien, 160 Millionen Mark die durch Besetzung von Kursachsen, Mähren und Böhmen gewonnen wurden; weitere 87 Millionen Mark wurden gewonnen, indem Friedrich zwar alle Steuern in gutem Gelde verlangte, aber alle Zahlungen mit verschlechterten Münzen und entwertetem Papier leistete. Friedrich trieb schließlich die jährlichen Staatseinnahmen auf über 20 Millionen Taler, von denen 12,5 für das Heer, 4 für den Hof und die Zivilverwaltung, 2-3 zur Anfüllung des Reichsschatzes verwandt wurden; für Kulturausgaben war kein Taler übrig.

Die sozialen Verhältnisse waren entsetzlich. Die Bauernknechtschaft wurde auf keine Weise gemildert. Es gab nicht die geringste Arbeiterbewegung. Der König griff willkürlich in alle Verhältnisse seiner Untertanen ein. Die alte Grausamkeit der Justiz wurde bewahrt. Auch wer sich bei seinem Studium preussischer Geschichte daran gewöhnt hat, keine einzige überlieferte Tatsache ungeprüft zu übernehmen, ist doch überrascht, wenn er bei der Durchsicht der fürchterlichen Justizurteile altpreußischer Edikte entdeckt, daß der humane Friedrich, der König der Aufklärung, es noch verstanden hat, sozard die Verordnungen seines unheimlichen Vaters zu verschärfen.

In diesem Staate gab es keine Freiheit. Niemand ist ein Wort über politische Dinge geäußert worden. Die geistige Freiheit bestand lediglich in den königlichen Anordnungen, die darüber erlassen worden sind, wie ja dem auch Friedrich selbst ganz sozialistische Staatstheorien — geredet hat. Friedrich war nicht nur sein eigener „Diener“, sein Richter, sein Kanzler, seine eigene Akademie und Grammatik, sondern auch sein eigener Offiziosus. Er hat in Briefen, Uebungen, Schriften die herrlichsten, edelsten Auffassungen entwickelt, nur hat er ihnen nie einen Einfluß auf seine wirklichen Bestimmungen und Taten verstatet.

Wenn gleichwohl das Bild Friedrichs bedeutend schillert, so liegt ihm das Zeitalter der französischen Aufklärung die wünschende Farbe. Der Geist der Enzyklopädisten war die Kunst des Kofoto

(an der Friedrich ein mehr sinnlich-stoffliches Interesse nahm), verleiht dem König trügenden Glanz. Aber während er die edlen Gedanken und Empfindungen der Aufklärung stillt, vertritt er in den unbewachten Beständen doch nur die preussische derbere Losgebundenheit des alten Regime. Die Historiker geben sich viel Mühe, daß ihr berühmtester Sproß ein Atheist gewesen. Seine Pfaffenfeindschaft, seine trivialen Spötereien über alle positiven Religionen — seinem Freunde d'Argens goß er einst eine Kanne Del ins Bett, um ihm, der sich hypochondrisch sterbenskrank fühlte, die „letzte Oelung“ zu spenden — lassen sich nicht gut leugnen; und daß er trotzdem darauf hielt, die Religion seinen Untertanen zu erhalten, verschlimmert nur die königliche Gottlosigkeit. Aber einen blaffen „Deismus“ möchte man wenigstens stellen, und man zitiert allerlei schöne Stellen über Friedrichs Glauben an eine göttliche, wenn auch unpersönliche Vorsehung. Die frommen Ketter vergessen nur eines: Friedrich war viel mehr der Schüler und Anhänger de la Mettries als Voltaires. De la Mettrie, bei dessen Namen sich noch heute selbst die radikalsten Denker bekränzen, lebte an seinem Hofe und starb an einer in der fridericianischen Küche erfundenen Pastete. De la Mettrie war nicht nur extremer Materialist, in philosophisch-naturwissenschaftlichem Sinne, sondern auch ethischer „Materialist“, so wie ihn die Traktat-Gelahrtheit denunziert: Sinnlicher Lebensgenuss war ihm Lebensziel. Sein Lehrbuch physischer Liebe wurde am Hofe Friedrichs eifrig gelesen und — befolgt. Aber auch de la Mettrie leugnet nicht die Existenz eines höchsten Wesens, er hält sie sogar für wahrscheinlich. Nur erscheint ihm die Frage — de la Mettrie ist im übrigen ein origineller, aufrichtiger und feiner Kopf — für die Praxis des Lebens ganz gleichgültig. Das war genau die wirkliche Auffassung Friedrichs. Er herrschte gottlos über ein entgöttertes Reich — ein Atheist von Gottes Gnaden, der nur von den Münzen, aber nicht aus seinen Regierungsumgebungen die Formel der göttlichen Segnung wegließ.

„Das slavischste Land in Europa“, eine „verzweifelte Galere“ hat Lessing das Preußen Friedrichs genannt. Von einem „Schinder der Völker“ sprach Hindelmann. Eine „ununterbrochene Wadistube“ hieß Graf Alfieri das Land. Als „künstliche Mischung von Barbarei und Humanität, als ein System ohne Gewissen, Moral und Religion, aber voll Uberglauben und Grausamkeit“ (der bei Trauerspielen und franten Hunden weint, aber Provinzen verwüstet, das Volk mit Abgaben erdrückt und verwundeten Soldaten Hilfe verweigert, um Inwalidenkosten zu ersparen) schildert dieses Preußen 1776 Lord Malmebury.

Inzwischen hat sich eine düstere Ahnung Lessings erfüllt; heute redet man vom „Zeitalter Friedrichs des Großen“.

Berichtliches.

Vom Zuchthaus-Kurs.

Nach dem deutschen Strafgesetzbuch (§ 253) wird wegen Erpressung mit Gefängnis nicht unter 1 Monat bestraft, wer, um sich oder einem dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, einen andern durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt. Neben der wegen Erpressung erkannten Gefängnis- oder Zuchthausstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Durch eine Erpresserbande wurde vor einigen Monaten ein Breslauer Kaufmann in den Tod getrieben. Genau derselbe Raubgraf, der den wirklich ehrlosen Erpresser mit schwerer Freiheitsstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht, wird in Breslau gegen organisierte Arbeiter angewendet, die das „Verbrechen“ begehen, tarifbrüchige Unternehmer auf die Folgen ihres Handelns hinzuweisen.

Nachdem vor wenigen Monaten organisierte Stäffeldere von der Breslauer Justiz-Kammer wegen „Erpressung“ zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, hat die Breslauer erste Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Flend über die Glasreiniger Josef Gierth wegen „Erpressung“ sechs Wochen Gefängnis verhängt. Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt. Herr Flend begründete die ungewöhnlich hohe Strafe mit folgenden Worten:

„Die armen Unternehmer sind heutzutage äbel dran. Die Pistole wird ihnen einfach auf die Brust gesetzt, um sie zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Mit Recht darauf, hat das Gericht die vom Herrn Staatsanwalt beantragte Strafe als nicht ausreichend erachtet und es ist daher auf sechs Wochen Gefängnis erkannt worden.“

Es ist doch merkwürdig, daß man noch nie von einem Unternehmer hörte, der wegen Erpressung auf die Anklagebank gekommen wäre, weil er seinen Arbeitern „die Pistole auf die Brust setzte“, um sie, wie Herr Flend so hübsch sagt, „zur Nachgiebigkeit zu zwingen“. O ihr „armen Unternehmer“, wie äbel seid ihr dran!

Die Beweisaufnahme ergab folgendes Bild: Der Angeklagte ist Sektionsleiter der Breslauer Glasreiniger die sich dem Deutschen Transport-Arbeiterverbande angeschlossen haben. Beschäftigt ist er schon neun Jahre (auch gegenwärtig) in dem Fensterreinigungs-Institut von Berta Göhr in Br. Lau, Holteistraße, No 25 Putzer arbeiten und ein Herr Alexander Maacke Geschäftsführer ist. Nun ist dieser Herr ein ausgesprochener Feind des Verbandes und sein Bestreben richtete sich von jeher darauf, die organisierten Putzer aus dem von ihm geleiteten Betriebe herauszujunkeln. Seine größte Abneigung galt natürlich dem Angeklagten. Wie er selbst vor Gericht zugestehen mußte, hat Herr Maacke beim Glase Bier einmal versucht, den Gierth zur Niederlegung seines Amtes als Sektionsleiter und zum Austritt aus dem Verbande zu bewegen, indem er ihm drei Mark Gehaltszulage versprach. Als Gierth dieses Ansuchen entschieden ablehnte, demütigte Maacke unwirksam: „Dann muß ich Sie nach und nach aus meinem Betriebe herausquetschen.“ Stets wo es dem Geschäftsführer unangenehm war: Gierth seine Arbeitskollegen vor Übergriffe zu warnen. Im Juli 1911 sollte der organisierte Putzer Walter Kretschmer eine kleine Haftstrafe an Stelle einer Geldstrafe verbüßen. Er meldete das vorher dem Geschäftsführer und bat um die Wiedereinstellung; doch erklärte Maacke, er brauche überhaupt nicht mehr wiederzukommen.

Um nicht arbeitslos zu werden, bewog Kretschmer seine Tante, die Geldstrafe zu bezahlen; trotzdem wurde er entlassen. Der Geschäftsführer behielt zwar seine Papiere da, sagte aber im übrigen: „Vorläufig müssen Sie aussetzen, denn es ist zu wenig Arbeit da.“ An Stelle des entlassenen Kretschmer aber stellte Maacke einen nicht organisierten Putzer ein. In seiner Notlage wendete sich Kretschmer an Gierth, der Herrn Maacke fragte, ob er nicht den organisierten Kollegen wieder einstellen wolle. Gierth sagte zu Maacke: „Entweder Sie bezahlen den Mann für die Zeit, wo er seine Papiere hier hat, oder Sie stellen ihn wieder ein. Kretschmer läuft schon tagelang ohne Arbeit herum, während Sie Nichtorganisierte einstellen.“ In diesen Worten erklärte die Staatsanwaltschaft eine — „Erpressung“!

Soweit handelte es sich um den Fall Kretschmer. Gierth soll durch sein Eintreten für den Putzer Eduard Geiß ebenfalls eine Erpressung begangen haben. Dem Geiß hatte Maacke ge-

kündigt, weil er angeblich immer zu lange arbeitete. Die Kündigung nahm der Geschäftsführer anfangs zurück, wiederholte sie aber später, da Feiß sein Arbeitspensum während der vorgeschriebenen Zeit nicht erledigt haben soll. In Wirklichkeit war Feiß überbürdet, er konnte unmöglich seine Arbeit in der von Nachts vorgeschriebenen Zeit leisten. Unseren Lesern wird der wahre Grund der Kündigung ohne weiteres verständlich sein, wenn wir bemerken, daß auch dieser bisher dem Verbands angehörte. Im Anschluß an das schon geschilderte Gespräch hatte Bierth gesagt: „Bei dem Feiß liegt die Sache genau so; erst haben Sie ihm gekündigt, weil er zu lange gearbeitet hat, und jetzt kündigen Sie ihm, weil er zu wenig arbeitet. Ich sage Ihnen nur das eine: Wenn Sie fortwährend Tarifbruch begehen, dann sind wir verpflichtet, daselbe zu tun, und da kanns passieren, daß den ersten besten Tag der Betrieb stillsteht.“ Darauf erwiderte Maecht: „Diese Behauptung wird Ihnen teuer zu stehen kommen, das kostet zwei Monate.“ Der Hll. Kreiskamer wurde vom Gericht fallen gelassen, weil der Vermögensverlust, den Bierth dem K. verschaffen wollte, kein rechtsmündiger war. Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Sandmann, bemühte sich nach Kräften, dem Gericht die Haltlosigkeit der Anklage auch im Falle Feiß darzutun. Besonders wies der Verteidiger darauf hin, daß es dem Angeklagten nur darauf angekommen sei, dem Geschäftsführer Rat zu machen, daß kein Gebaren den Arbeitern gegenüber auf die Dauer von sehr unheilvollen Folgen begleitet sein kann. Darin dürfte man keinesfalls eine Erpressung im Sinne des § 263 des St.-G.-B. erblicken. Auch der Angeklagte führte in seinem Schlusswort aus, daß ihm neben dem Wohl der Arbeiter auch die Erweiterung und das Ansehen des Betriebes sehr am Herzen liege. Das bewies seine bisherige neunjährige Tätigkeit bei der Firma und namentlich der Umstand, daß Frau Stohr, die Inhaberin des Geschäfts, trotz des Prozesses keinen Grund gefunden habe, ihn zu entlassen.

Daß der Staatsanwalt die Mindeststrafe von einem Monat Gefängnis beantragte und seinen Antrag in buchstäblich zehn Worte leidet, das beweist wohl am besten, auf wie schwachen Füßen die ganze Anklage stand. Nebrigens wurde dem Angeklagten vom Staatsanwalt auch seine Erregung über das Verhalten Maechtes zugute gehalten. Was die fünf Richter jedoch im geheimen Beratungrzimmer zu der hohen Strafe von sechs Wochen Gefängnis veranlaßt haben mag, das hat Herr Glöckner bei der Urteilsbegründung mit erfreulicher Offenheit ausgesprochen. Der icharmacherischen Umeroberbande genügt das heutige Gesetz, daß solche furchtbaren Urteile ermöglicht, noch nicht; sie fordert Zucht und Arbeitshaus für ehrliche Arbeiter. Da gilt es für das Proletariat, zur Abwehr bis auf den letzten Mann auf dem Posten zu sein.

Ein vielfältiger Ortsbeamter.
Wir ein ländlicher Gemeindeunterbeamter sich zu helfen wissen muß, damit zu dem lärglichen Gehalt noch dies und jenes nebenher zuzieht, dafür ist der Gemeinbedienter eines Ortes in der Nähe von Frankfurt ein Beispiel. Der vielgewandte Pfliffus ist zufolge der Frankf. Ztg. Veldchenbeschauer mit einem „Gehalt“ von 100 Mark, Schmelzschicht für 400 Mark, Feldhüter für 150 Mark, Bälgetreter für 50 Mark, Vollziehungsbeamter für 50 Mark, Ortpolizeidiener für 450 Mark, Nachtwächter für 150 Mark, Ortsbeaufsichtigungsspektor für 75 Mark, Zeitungsbote für 10 Mark, israelitischer Schuldner für 50 Mark, Totengräber für 200 Mark, Ausrufer von Bekanntmachungen für 50 Mark und nebenbei noch Befehlbinder, was ihm etwa 100 Mark einbringt. — Das sind 13 Berufe.

Bermischtes.

Riesen unter den Ostseefischen.

Das Reichsmuseum in Stockholm beherbergt ein seltenes Exemplar des Ostseedorfisches, das im September des vorigen Jahres in einer Bucht bei Gågård von der Nacht Venus aus auf flachem Wasser in der Nähe der Oberfläche bemerkt wurde und von einem ausgelegten Boote gefangen werden konnte. Das Tier maß vom Kopfe bis zum Ende der Schwanzflosse nicht weniger als 122 Zentimeter und hatte ein Gewicht von 185 Kilogramm. Wie die Schwed. Fischzeitung berichtet, ist das Rieseneemplar das größte, das bekannt geworden ist. Am 1. Dezember 1896 wurde bei Rindö ein Dorich gefangen, der bis dahin als der größte galt. Er maß 114 Zentimeter.

Humor und Satire.

Aus Kindermund.

Theo und Uppt sitzen mäschenfäll in einer Ecke des Zimmers. Als die Mutter, die solche Ruhe nicht gewohnt ist, anfährt, bemerkt sie, daß Theo den Alfred unter furchtbaren Grimassen fortwährend mit einer Nähnadel sticht. Auf die erschreckte Frage: „Aber Theo, was machst du da?“ antwortet der kleine Ganner seelenvergnügt: „Aber gar nichts, wir spielen nur Biene.“

Injere elfjährige Ilse wird aufgefordert, selbst mal ein Märchen zu erzählen. Sie fängt an: „Es war einmal ein König, der hatte hundert Söhne. Sie waren alle gleich, denn es waren lauter Zwillinge.“

Der zweijährige Hans ist spurlos verschwunden. Nach langem Suchen wird er in einer Ecke des Gartens mit einer Bulldogge gefunden. Undüchtig knischt Klein-Hänschen am Schwanz des Tieres. Die Mutter ruft entsetzt: „Aber Junge, was machst du da?“ — Hänschen (wichtig): „Es hauche Zigarette!“
Mh.

Tadelloser
Sitz für jede
Figur

Enorme
Auswahl
in Stoffen.

Herren-Garderoben.

Maß-Abteilung.

Eine Einkaufsreise

nach den bedeutendsten Plätzen deutscher Tuch-Industrien und das besondere Entgegenkommen der Fabrikanten gegenüber ihren **Grossabnehmern**, gab uns Veranlassung zu außergewöhnlich großen Erwerbungen. Wir haben bei unseren Lieferanten Posten aufgekauft, wie wir sie nur in den allerseltensten Fällen **so vorteilhaft** in den Verkauf bringen können.

Um uns für die Hochsaison etwas zu entlasten, lassen wir bis auf weiteres folgende Ausnahmepreise gelten:

Jackett-Anzüge, einreihig, aus modernsten Stoffen

Serie I sonst bis 45⁰⁰ Mk. jetzt für 36⁵⁰ Mk.

Serie II sonst bis 57⁰⁰ Mk. jetzt für 48⁵⁰ Mk.

Jackett-Anzüge, zweireihig, in sehr eleganter Ausführung,

sonst bis 66⁰⁰ Mk. jetzt für 54⁰⁰ Mk.

Ulster und Paletots in sehr aparten Stoffarten

sonst bis 57⁰⁰ Mk. jetzt für 42⁰⁰ Mk.

Rockanzüge in ganz besonders schöner Herstellung

sonst bis 69⁰⁰ Mk. jetzt für 57⁰⁰ Mk.

Die Ausführung erfolgt, wie bekannt, mustergültig.

Kaufhaus D. Loewenthal,

Elbing.

Best-
erstklassige
Zuschneider

Best
geschulte
Arbeitskräfte.

Ein Waggon Steingut

gelangt von heute ab enorm billig zum Verkauf.

Essteller flach Stück 6 ³	Vorratstonnen bunt Stück 45, 34 ³	Kumpen gross, weiss Stück 19 ³	Waschgarnturen 4 teilig 2,85, 1,98 ³	Blumenkübel Stück 1,98 1,00 58 ³	Obsteller Maj. 68, 18, 25, 18 ³
Kaffeelächer gross, weiss Stück 10 ³	Salz- und Mehlmetten weiss Stück 68 38 ³	Kinderessteller bunt Stück 8 ³	Essteller weiss, tief Stück 7 ³	Butterdosen Maj. Stück 38 ³	1 Satz Schüsseln bunt 4 teilig 48 ³
Kaffeelächer bunt Stück 8 ³	Gemüseschüsseln weiss, alle Grössen 33 bis 10 ³	Essteller bunt tief und flach Stück 12 ³	Nachtgeschirre weiss 48, 35, 29 ³	Milchtöpfe bunt Stück 33, 24 15 ³	Schüsseln m. Rand, weiss 43, 38, 34, 28 ³
Tassen mit Untertassen dekoriert Paar 17 ³	Gemüseschüsseln bunt, alle Grössen 38 bis 12 ³	Salz- und Mehlmetten bunt Stück 75 ³	1 Satz Schüsseln weiss 78 ³	Vorratstonnen bl. Zw. fr. Schr. 29 ³	Kinder-Eßservice 85 ³

Nur solange Vorrat!

Einzelne Geschirre mit kleinen Fehlern.

Nur solange Vorrat!

L. Wolf Söhne, Elbing,

Alter Markt
Nr. 35.

Möbel
Komplette Wohnzimmer
„ Schlafzimmer
„ Herrenzimmer

Sofas, Divans, Garnit. Chaiselong,
Matratzen, Kleiderschränk,
Buffets, Vertikos, Spiegel
usw.

**Elbinger
Waren- und Möbel-
Kredithaus**
S. Maltenfort
Alter Markt Nr. 5.
Gegen bar u. auf Teilzahlung
Billigste Preise. Solid, Waren
Streng reelle disk.
Bedienung.

**Herren-
Konfektion, Anzüge**
Palots, Gehrock-Anzüge
fertig und nach Maß
elegante dauerhafte Verarbeitung
Garantie für guten Sitz
Damen-Konfektion
Kostüme, Kostümröcke
= Jacketts =
Mäntel.

Gratis
gebe bei Einkauf eines
Anzugs eine gutgehende
Remontoiruhr.
Bei Bareinkauf in Möbeln v.
100 Mark an einen
Regulator
oder andere
Gegenstand.

Als Legitimation genügt Militärpaß usw. Pracht-Katalog gratis und franko.

DANZIG.

Beginn: Mit Erscheinen dieser Zeitung.

Ein Aufsehen erregendes Angebot!

Goldstein's
95 Pfg. - Tage

Ich bringe während dieser Tage, die seit langer Zeit zu diesem Zweck extra preiswert gekauften Warenposten, so daß ich meiner v. Kundschaft eine ganz außergewöhnliche Kaufgelegenheit biete.

Trotz der billigen Preise verabfolge auf alle Artikel Rabattmarken.	Beachten Sie genau meine Firma.	Schriftliche Bestellungen werden umgehend erledigt.
Wäsche, Weißwaren.	Schürzen.	1 Damenbluse 95 ³
1 Damenhemd m. breiter Stickerei 95 ³	1 Reform-Schürze reich garniert 95 ³	1 Gummi-Gürtel 95 ³
1 Damenmuse weiß Barchent mit Festonspitze 95 ³	1 Blusen-Schürze prima Qualität 95 ³	1 mod. Jabot 95 ³
1 Kniehose Creton oder Barchent mit Stickerei-Volant 95 ³	1 schwarze Hausschürze 95 ³	1 P. Damenstrümpfe u. 1 Gum.-Gürtel 95 ³
1 Nachtljake weiß und farbig 95 ³	1 farbige Hausschürze extra breit 95 ³	1 P. Trik.-Handschuhe u. 1 Smt.-Gum.-Gürt. 95 ³
1 Unterhülle sehr apar, prima Stickerei 95 ³	Kinderschürzen 95 ³	1 Paar Damenstrümpfe reine Wolle 2-2 gestriekt 95 ³
1 Kopfkissen m. Stickerei-Einsatz 95 ³	1 hoch-moderne Kinderschürze 95 ³	3 P. Herren-Socken, Wolle 95 ³
1 Tischdecke breit, mit Fransen 95 ³	1 Russenkittel 95 ³	1 Paar Hausschuhe 95 ³
3 1/2 Meter Handtuchstoff 95 ³	2 Knabenschürzen 95 ³	1 Paar Pantoffel u. 2 P. Zehenwärm. 95 ³
10 gelbe Poliertücher 95 ³	2 hübsche Zierschürzen 95 ³	1 Umschlagetuch 95 ³
1 Dtzd. bunte Kind.-Taschentücher 95 ³	1 Kinderkleidchen Barchent und Kaftun 95 ³	1 Chenille-Kopftuch 35 ³
1/2 Dtzd. Damenlüber bunt merc. 95 ³	1 Winter-Mütze Eisstiel, Krimmer oder Plüsch 95 ³	1 Spiralfeder-Korsett 95 ³
1/2 Dtzd. Taschentücher gewaschen 95 ³	1 Matrosen-Mütze mit gesticktem Band 95 ³	
4 Stck. Herrenlüber bunt merc. 95 ³		
1 Normal-Hemd 95 ³		
1 Normal-Hose 95 ³		
1 Futter-Herren-Hose 95 ³		

3 Schöne Herr.-Stehkragen 95 ³	15 St. pr. Fettseife 95 ³
2 St. Stehumlegekragen 95 ³	8 Rollen prima Toiletten-Papier 95 ³
2 Vorhemden weiß oder farbig 95 ³	10 Scheuertücher 95 ³
1 farbige mod. Garnitur (Manchette und Serviteur) 95 ³	1 Markttasche 95 ³
3 moderne Krawatten 95 ³	1 Tornister 95 ³
2 moderne Selbstbinder 95 ³	1 Bürstentafel 95 ³
1 Spazierstock Rohr 95 ³	1 Kleiderbürst. 95 ³
3 Meter Gardinen 95 ³	1 Schubbürste 95 ³
1 Barchent-Bettlaken 95 ³	10 Dtz. Bleistifte 95 ³
1 Wachstuch-tischdecke 95 ³	10 Stck. Gem.-Messer 95 ³
2 Wachstuch-Reste 95 ³	3 Paar Bestecke 95 ³
1 Lambrequins 95 ³	15 Eklöffel 95 ³
Handarbeiten in großer Auswahl Stück. 95 ³	
Ächte Straußfed. ca. 40 cm lang enorm billig 95 ³	

Julius Goldstein

nur Junkergasse Nr. 2
neben Markthallen-Automat.

